

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Donnerstag, den 2. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das „neue Sozialistengesetz in Rassenpackung“.

So hat ein Redner den Entwurf der Reichsversicherungsordnung, welcher gegenwärtig zum Objekt des Ruhhandels der „maßgebenden“ Parteien geworden ist, auf dem letzten großen Krankenkassentag zu Berlin genannt. Unsere weise Staatsregierung lernt eben nie etwas dazu. Sie sah doch, daß alle bisherigen Maßregeln gegen die verhasste Sozialdemokratie sich in das Gegenteil verwandelt, das erste Sozialistengesetz seligen Andenkens sogar direkt agitatorisch für die Partei wirkte, und immer wieder neue Versuche, Ausnahmegeetze gegen die Partei zu schaffen. Mit Ausnahmegeetzen kann bekanntlich jeder Esel regieren, hieß es schon damals, und die Regierung lechzt förmlich danach, das zu dokumentieren. Dabei hat sie gar keinen Grund, neue Unzufriedenheit zu schaffen. Rüttelt doch die letzte Steuerpolitik die denkfaulsten Wähler auf und läßt ein „Gottesgericht“ die nächste Reichstagswahl erwarten. Doch die Kasse läßt das Maulen nicht. War der Entwurf der Reichsversicherungsordnung nicht schon reaktionär genug, die „Verhandlungen“ in der Kommission brachten noch neue Hintertüren und Fußangeln für die Rassenverwaltungen. Ohne Scheu erklärt man ja heute, daß das neue Gesetz in erster Linie gegen die Ortskrankenkassen und Hilfskassen gerichtet sei.

Die Vorlegung der Reichsversicherungsordnung mit all ihren Schikanen war der erste Streich, doch der zweite folgte gleich. Was man mit dem Entwurf nicht treffen konnte oder wollte, versucht man jetzt mit dem „Einführungsgesetz“ noch fertig zu bringen. Fürwahr, ein harter Tabak, den der brave Kaiser und seine Helfer da raucht. Dies kommt in erster Linie in der Beamtenfrage zur Geltung.

Wie sich doch die Zeiten ändern. Als die Krankenversicherung geschaffen war, kümmerten sich organisierte Arbeiter wenig um die Verwaltung dieser Zwangskassen, und die Unternehmer seufzten und jammerten über die Gleichgültigkeit der Arbeiter, für die doch in erster Linie die ganze Gesetzgebung geschaffen worden sei. Unternehmer und ihre Unteroffiziere mußten daher im ersten Jahrzehnt deutscher Krankenkassentätigkeit die Verwaltung fast allein führen, und auch die Behörden tabelten die Arbeiter, daß sie so teilnahmslos zur Seite standen. Als sich dann die Arbeiter nach und nach mehr um ihre Krankenkassen bekümmerten, war es wieder die Regierung, die gerade in der Beamtenfrage zu tabeln hatte. Es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Arbeiter den Krankenkassenbeamten anfänglich nicht viel bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse gönnten, als sie im Dienste des Kapitals selbst zu erkämpfen hatten. Mußte nicht erst ein preussischer Minister die Rassenverwaltungen extra ermahnen, doch feste Anstellungsverhältnisse für ihre Beamten zu schaffen? Hieß es nicht im damaligen Entwurf zum ersten Sozialistengesetz in „Rassenpackung“ zur neuen Novelle vom Jahre 1901 aus der Feder des bekannten Dr. Hoffmann: „Die Ortskrankenkassen lassen sich wegen mangelnden amtlichen Charakters in die Behördenorganisation nicht einrangieren und den bisherigen Beamten kann, da sie, von wenigen Rassen abgesehen, lediglich auf Kündigung und ohne Pensionsansprüche angestellt sind, das volle Pflichtgefühl der Staatsbeamten leicht fehlen.“ Nach Hoffmann fehlte also zum „vollen Pflichtgefühl“ nur die „feste Anstellung mit Pensionsberechtigung“.

Und im August 1898 mußten sämtliche Aufsichtsbehörden in Preußen an die Vorstände der Ortskrankenkassen berichten, daß nach dem Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 9. Juli 1898 die Vorstände darauf hinzuweisen seien, wie es nicht nur dem Interesse der Rassen selbst, sondern auch im Interesse der Rassenverwaltung, denen an der Erhaltung eines ordentlichen vorgebildeten Personals und eines gleichmäßigen Geschäftsganges gelegen sein müßte, entspreche, daß mit den Rassenangestellten gehörige Dienstverträge abgeschlossen werden, in denen die Gründe der Kündigung und angemessene Kündigungsfristen bestimmt werden. „Dabei empfiehlt es sich, in den Dienstverträgen die Bestimmung vorzusehen, daß die Kündigung des Personals durch den Vorstand nur bei grober oder wiederholter Verletzung der Dienstpflichten zulässig sei und daß über die Frage, ob diese Voraussetzungen zutreffen, im Streitfälle ein Schiedsgericht oder die Auf-

sichtsbehörde zu entscheiden habe.“ Damals mahnte man also amtlich die Rassenvorstände ausdrücklich solche Verträge mit ihren Angestellten abzuschließen, und jetzt, nachdem dies nach vielen, vielen Mühen endlich mehr und mehr geschehen ist, sucht man wieder diese amtlich verlangten Verträge durch einen Gewaltakt einfach zu vernichten. . . . Sonderbare Ränge.

Wie die Geschichte der deutschen Krankenkassenbewegung lehrt, wurden erst nach langen Kämpfen die „festen Anstellungen“ ohne Pensionsberechtigung geschaffen. Man erinnere sich nur an die Debatten auf den Jahresversammlungen der deutschen Ortskrankenkassen in Breslau, München, Dresden usw. bis zu Düsseldorf. Die bürgerliche Presse sprach vom „Herrenhandpfauch“ der Arbeiter als Arbeitgeber in den Rassenverwaltungen usw., bis endlich doch die Tariffrage feste Formen erhalten hat und nach und nach größere Gruppen von Krankenkassen sich zu einem Vertrag nach diesem System bequemen. Man steht hieraus, daß die Arbeiter in den Rassenverwaltungen gar nicht dafür zu haben sind, ihren „Bestimmungsgenossen“ „fette“ und „einträgliche Versorgungsposten“ zu schaffen, wie die Meute der Begner zähnefleischend heult. Zuerst also die Vorwürfe der braven Leute, daß die Arbeiter als Arbeitgeber „Hungertlöhne“ ihren Rassenangestellten zahlen, wie auch den Konsumvereinen heute noch von den Begnern vorgehalten wird, und jetzt die neuen Vorwürfe, daß sie „fette Posten“ usw. geschaffen habe. Wie's trifft! Man kann es also den Burschen nie recht machen, und wird die Arbeiterschaft wohl auf den Versuch verzichten müssen, dies zu tun.

Ohne eigentliche Begründung wird nun der Entwurf des Einführungsgesetzes den Volksvertretern serviert und schlägt dessen Inhalt wohl dem Fasse den Boden aus. Die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ schreibt in der letzten Nummer darüber:

Niemand hat es anders erwartet, als daß mit dem Einführungsgesetz sich die bürokratische Reaktion vollends demaskieren würde. Das ist ihr in denbar brutalster Offenheit prächtig gelungen. Als Einführungsgesetz in vieler Beziehung von kläglicher Dürftigkeit, präsentiert es sich eigentlich als Hausknechtsvollmacht, um unbecommene Elemente im Rassenwesen hinauswerfen zu dürfen.

Ausführlich bespricht schon der bekannte Sozialpolitiker Professor Stier-Somlo aus Bonn das ganze Machwerk in der neuesten Nummer seines Blattes, dem „Zentralblatt der Reichsversicherungsordnung“. Professor Stier-Somlo findet die Absichten, die das Einführungsgesetz bezüglich der dienstlichen Verhältnisse der Rassenbeamten und Rassenangestellten vorschlägt, für höchst bedenklich. . . . Er führt dann an, daß der Entwurf einem „dringenden Bedürfnisse“ dienen will, wenn die Hausknechtsbestimmungen alsbald in vollem Umfange durchgeführt und „deshalb auch auf alle diejenigen Angestellten angewandt werden, die beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung und der Dienstordnung bereits im Rassendienst stehen“. Das geht natürlich einem ersten Sozialpolitiker wie Stier-Somlo auch über die Hutknur, und da er auch Gesetz und Recht kennt, so ruft er aus: „Wir halten dies für absolut ungesetzlich, denn die gegenseitigen Beziehungen dieser Angestellten und der Rassen waren bisher durch privatrechtliche Verträge geregelt, deren Bestimmungen nicht durch Gesetz aufgehoben werden können, solange sie auf Grund des den Rassen gewährten Selbstverwaltungsrechts mit den Rassenbeamten abgeschlossen worden sind, auch für die Zeit nach Inkrafttreten des Reichsversicherungsordnung“. Sehr richtig. Doch was kümmert sich unsere weise Staatsregierung um Gesetz und Recht? Stier-Somlo findet es weiter hart, daß die Kündigung der bisherigen privatrechtlichen Verträge vorgesehen ist, weil diese zu „neun Zehnteln bei den Rassen nur eine Formalität ist“. Außerdem handelt es sich um Beamte und Angestellte, die sich auf die besonderen Kenntnisse und Notwendigkeiten der Rassenverwaltung eingearbeitet haben und nunmehr unter Umständen ihr Brot verlieren müssen.

Doch was kümmert dies unsere Machthaber? Preussische Unteroffiziere „lernen dies ja bekanntlich in 24 Stunden, und der Schuhmann aus Gumbinnen verfügt über jede Bildung und Gesetzeskenntnis.“

Sehr geschickt weist nun Stier-Somlo unsere Regierung darauf hin, daß sie doch „sonst so ängstlich — Reichsregierung und Reichstag — ist in der Schonung wirtschaftlicher Interessen solcher Kreise, die zum Mittelstande im politischen Sinne gehören oder gar unter dem Gesichtspunkte der aktiven Wählerschaft einer besonderen Berücksichtigung teilhaftig werden. Für die Rassenbeamten und Angestellten hat man solche Rücksichten offenbar nicht nötig.“ Ja, es ist sehr kurzschichtig von der Staatsgewalt, zumal die Mehrzahl der Rassenbeamten sich heute auch zum sogenannten „Mittelstand“ zählen und jetzt erbarmungslos abgeschlachtet werden sollen. Man trifft eben

„Freund und Feind“, nur um zu „treffen“. Professor Stier-Somlo geht dann weiter auf die „Materie“ ein und meint, daß wohl einzelne Anstellungsverträge „Bedenken“ erregen, doch nicht auf diese Weise einfach erledigt werden könnten und führt aus: „Wenn privatrechtliche Abmachungen in Frage stehen, die sich als grober Mißbrauch darstellen und es soll durchaus nicht gelehrt werden, daß Veraltetes vorkommt, so wird der Schutz des Richters für solche Verträge nicht ein-treten.“ Sehr richtig.

Auch der weitere Einwurf ist richtig, daß ja heute schon die Verträge von den Aufsichtsbehörden nachgeprüft werden — „diese beiden Mittel: die zivilrechtliche Ungültigkeit des Vertrages und die Eingriffsmöglichkeit der Aufsichtsbehörde reichen aber vollkommen aus, um bedenkliche Verträge auszuschalten“. Der Entwurf greife aber „radikal durch“, meint Professor Stier-Somlo weiter und lasse durch das Oberversicherungsamt einen bestimmten Endtermin festsetzen, bis zu dem den Angestellten die „nötigen Eröffnungen“ gemacht werden müssen. „Wenn das keine Verletzung wohl-erworbener Rechte bedeutet, so ist schwer ein Fall solcher Verletzung überhaupt ausfindig zu machen“, ruft der Gelehrte entsetzt aus. Es sei „geradezu ein Hohn“, wenn weiter der Entwurf anführe, daß kein Angestellter „gegen seinen Willen unter dienstlichen Verhältnissen arbeiten soll, die seinem Anstellungsvertrage nicht entsprechen“ und deshalb das Kündigungsrecht begründet wurde. Der Angestellte „hat also die Befugnis, daß, wenn er die Verletzung seines von Rechts wegen gültigen privatrechtlichen Vertrages nicht erdulden will, brotlos werden“. Dies gelte auch für die Lebensdauer der Angestellten, denen man eine Kündigungsfrist von 6 Monaten garantieren will, nur um sie besser loszuwerden. Doch hören wir den konservativen Universitätsprofessor in seinem markigen Schlussworte, welches wir wörtlich zum Abdruck bringen wollen, um dessen Wirkung nicht abzuschwächen:

„Faßt man alles zusammen, so stellen die behandelten Artikel 29–32 des Einführungsgesetzes RD, nicht nur die Nichtigkeitsklärung der vielleicht mit Recht gerügten Bestimmungen des Düsseldorfer Anstellungsvertrages dar, sondern unterschiedslos aller Vertragsrechte, die nicht in dem Rahmen der aufzustellenden und zu genehmigenden Dienstordnung vorgehoben sind. Sie sollen gekündigt und die Bezüge nur noch bis zu dem Ablaufe von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Dienstordnung gewährt werden. Die Fortdauer der Pensionsberechtigung soll davon abhängig sein, ob sie der Rassenvorstand beantragt und das Oberversicherungsamt sie genehmigt. Ein dahin gehender Antrag der Rassenvorstände wird aber in der Regel unterbleiben, weil mit der Pensionsberechtigung die Verletzung der Rechte und Pflichten der staatlichen und gemeindlichen Beamten verbunden ist, was den Rassen durchaus nicht immer recht ist.“

Die sämtlichen Bestimmungen sind offensichtlich von der Absicht beherrscht, die sozialdemokratischen Rassenbeamten zu treffen. Wir wollen die Berechtigung, die einer bestimmten Partei angehörenden Angestellten mit einem privilegium odiosum — einem gehässigen Privileg — zu belegen, dahingestellt sein lassen. Worauf es uns jedoch am meisten ankommt ist, daß tatsächlich die Reichsregierung sich vollkommen im Irrtum befindet, weil die bezeichneten Rassenbeamten meist nur untergeordnete Stellen mit mäßiger Besoldung bekleiden, so daß sie hinsichtlich der Bezüge am wenigsten getroffen werden. Man kann nicht behaupten, daß gerade die sozialdemokratischen Vorstände übermäßige Gehälter festgesetzt haben, weit eher ist das Gegenteil richtig. Es werden also, wenn die Artikel 29–32 Gesetz werden, in erster Reihe zu leiden haben die den bürgerlichen Parteien angehörenden Rassenbeamten, weil die sich in gehobenen Stellen befinden. Es ist sehr fraglich, ob das Versicherungsamt von dem ihm zustehenden Genehmigungsrechte bezüglich der Fortdauer der Gehälter Gebrauch machen wird. Das hängt von dem persönlichen Wohlwollen des Versicherungsamtmannes ab. Persönliche Animositäten können dabei leicht eine Rolle spielen. Ebenso unbegreiflich ist die Bestimmung, daß das Oberversicherungsamt Angestellte, deren Fähigkeiten angeblich nicht ausreichen, im Dienste der Rassen einer anderen Stelle zu weisen eventl. des Dienstes entlassen kann. Die Anordnung des Oberversicherungsamts soll endgültig sein, so daß also die Anrufung des ordentlichen Gerichts, dessen Schutz allein als unparteiisch angesehen werden könnte, ausgeschlossen ist.

Alles in allem genommen ist die ungeheure Erregung und Bestürzung, die sich der Rassenbeamten bemächtigt hat, sehr wohl zu verstehen. Es gibt nur einen einzigen, mit dem Gedanken des Rechtsstaats und der Idee, daß Verträge gehalten werden müssen, vereinbarten Rechtsstandpunkt: Die sämtlichen Bestimmungen der Artikel 29–32 finden auf bestehende Verträge keine Anwendung, sondern nur auf die- jenigen, welche nach dem Inkrafttreten der RD und

seines Einführungsgezetzes abgeschlossen werden; eventl. könnte man, um nicht jetzt noch den Abschluß von Verträgen, die über den Termin des Inkrafttretens der ganzen R.V.D. dauern sollen, geradezu herauszufordern, bestimmen, daß die erwähnten Artikel 29-32 auf alle Verträge Anwendung finden, die nach Bekanntmachung des Entwurfs des Einführungsgezetzes, also nach dem 28. Januar 1911 geschlossen worden sind.

Sehr wichtig ist die Feststellung des bürgerlichen Gelehrten, daß man nach diesem „gehäßigen Prinzip“ eigentlich sehr kurzschichtig die den „bürgerlichen Parteien“ angehörenden Rassenbeamten in erster Reihe treffen wird, weil eben die „sozialdemokratischen Rassenbeamten“ meist nur untergeordnete Stellen mit mäßiger Bezahlung bekleiden.“

Von der „ungeheuren Erregung und Bestürzung“ unter allen Rassenbeamten merken natürlich die Gewalthaber gar nichts. Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie bekanntlich mit Blindheit. So werden sie in ihrer blinden Wut auch die gut bürgerlichen Rassenangestellten noch zu Sozialdemokraten machen, zumal auch diese mannhaltig gegen jede Verschlechterung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen, in dem ja einzig und allein die Rechte der Beamten ruhen, sich wehren werden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

Fuhr am Dienstag in der Beratung des Militäretats fort. Naturgemäß wandte sich nach Abschluß der militärpolitischen Generaldebatte beim Titel Kriegsminister die Verhandlung mehr den einzelnen Details zu, so daß allgemeine Gesichtspunkte meist zurücktraten. Eine große Reihe Titel und Kapitel wurden debattelos erledigt, doch gab es auch manche oft recht lebhaft Auseinandersetzungen. Verschiedene etatsrechtliche Unebenheiten wurden von den Genossen Kunert und Noske gerügt; für die durch die Konkurrenz der Militärmusik bedrängten Zivilmusiker trat kraftvoll Genosse Zubeil ein, und die wenig würdige Behandlung der Lazarettgehilfen wurde vom Genossen Geck gezeißelt. Eine lange Debatte beschwor am späten Abend der Reichsverbändler und Ostasienfahrer Görcke aus Brandenburg herauf, der sich über einen Artikel entriestete, in welchem die wenig anmutigen Vorgänge beim sogenannten Leichenchießen geschildert worden waren. Daß die Nachricht, die Herr Görcke so erzürnt hatte, richtig war, mußte auch die Militärverwaltung zugeben. Vielleicht wäre damit die Sache erledigt gewesen, wenn nicht Herr Mugdan das Bedürfnis gehabt hätte, einmal wieder in plattester und alberner Sozialisterei zu machen. Die Genossen Frank, Zietich und Noske deckten den kulturkämpferischen Glaubensgenossen des Dr. Arendt und den Herrn Görcke gründlich zu.

Der Reichstag legte am Mittwoch die Beratung über den Militäretat fort. Die Verhandlung verlief sich vielfach in Einzelheiten, und eine Menge Lokalidmerzen, meist ohne allgemeines Interesse, wurden vorgetragen. Auf die Höhe prinzipieller Erörterungen erhob sich die Beratung beim Kapitel Bekleidungsämter. Die Arbeits- und sonstigen Verhältnisse in diesen Ämtern wurden vom Gen. Albrecht, dessen Ausführungen nachher der Gen. Boehle wertvoll ergänzte, einer scharfen, eingehenden und trefflichen Kritik unterzogen. Wie alle militärischen Betriebe, weisen diese Bekleidungsämter die typischen unangenehmen Erscheinungen der kapitalistischen Produktion auf, verschlimmert durch spezifische Eigenarten des Militarismus. Selbst ein Offizier aus dem immerhin noch nicht ganz verpreußten Württemberg, Herr v. Dorrer, stellte den Grundlag auf, Sozialdemokraten gehören nicht in Staatsbetriebe. Eine Anregung des Gen. Boehle, diesen Grundlag konsequent zu Ende zu denken und durchzuführen und die bösen Sozis vom Militärdienst zu befreien, scheint Herr von Heeringen nicht befolgen zu wollen. Wenigstens ließ der sonst so redselige alte Herr aus Kurland, der kaum eine Klage über ein verloren gegangenes Hüftgelenk und unbeantwortet läßt, diese Anregung ohne Erwiderung, deren Befolgung doch die schönste patriotische Stubenreinheit des alsdann reichlich wohl an Kopfszahl stark herabgeminderten herrlichen Kriegsheeres zur Folge haben würde. Auf die Garnisonsschmerzen von Goslar und Hersfeld brauchen wir wohl kaum näher einzugehen und ebenso wenig auf den Vortrag des nationalliberalen Herrn Wehl, über den Unterschied zwischen dem Serben mit Eichenlöse und dem Serben mit Schwefelsäure. Dieser mit dem Militäretat nur in ziemlich losem Zusammenhang stehende Vortrag dehnte sich so weit aus, daß Vizepräsident Schulz verzweifelt die Hände rang. Aber der Bromberger Herr ist augenscheinlich noch zu jung im Präsidium, als daß er sich getraut, einen Nicht-Sozialdemokraten zur Sache zu rufen. Erwähnt sei noch eine kurze Anregung des Genossen Schöpflin, durch zweckmäßige Verordnungen die keineswegs unbedenkliche Blutzufuhr auf Märkten zu vermindern.

Am Donnerstag wird die Beratung des Militäretats fortgesetzt.

Geht Kraetke?

Dem Staatssekretär des Reichspostamtes, Kraetke, wird wieder einmal nachgeredet, er wolle in den nächsten Wochen aus seinem Amte scheiden. Sein Nachfolger solle der preussische Handelsminister Sydow werden. — Vermutlich handelt es sich wieder einmal um eine haltlose Kombination. Kraetkes Amtsmüdigkeit ist schon so oft verkündet worden, als daß man diesmal ohne weiteres daran glauben könnte. Daß Sydow als der kommende Post-Gewaltige bezeichnet wird, hängt offenbar damit zusammen, daß er früher Unterstaatssekretär im Reichspostamt gewesen ist. Das System Sydow würde natürlich kein anderes sein, als es das System Kraetke bis jetzt war. Derselbe Faden; nicht einmal eine andere Nummer.

Veteranenfürsorge.

Durch das Zuwachssteuergesetz, das für die Veteranenfürsorge 5 Millionen Mark vorsieht, soll es möglich werden, 60 000 Veteranen mehr als bisher zu unterstützen. Um das zu erreichen, sollen die Begriffe „Unterstützungs-

bedürftigkeit“ und „Erwerbsunfähigkeit“ wesentlich weiter ausgelegt werden als bisher. Unterstützungsbedürftigkeit soll immer als vorhanden angesehen sein, wenn der Kriegsteilnehmer infolge von Alter, Krankheit oder Gebrechlichkeit nicht mehr imstande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Auch das halbe, wir noch nicht für ausreichend.

Ghrenerklärung für Dennigsen.

Der Agrarier v. Hammerstein, früherer preussischer Minister, hatte jüngst in einer Rede behauptet, daß der verstorbene nationalliberale Führer Dennigsen seine amtliche Stellung in parteipolitischen Sinne ausgeübt habe. Abg. Bassermann richtete daraufhin an den Herrn v. Hammerstein die Aufforderung, seine Behauptungen zu beweisen oder zu widerrufen. Herr v. Hammerstein gab die verlangte Aufklärung dem Abg. Bassermann mündlich und die „Nat. Korresp.“ teilt nun über den Inhalt dieser Unterredung mit:

Freiherr v. Hammerstein hat dabei betont, daß in den Zeitungsberichten zwei verschiedene Äußerungen, die er an ganz auseinanderliegenden Stellen seiner Rede getan hat, willkürlich kombiniert worden sind. Die erste Äußerung bezieht sich lediglich darauf, daß Herr v. Hammerstein hervorhob, er habe sich in seinen verschiedenen Staats- und Kommunalämtern jeder politischen Einflussnahme auf ihm untergeordnete Beamte enthalten. In ganz anderer Stelle hat er dann erklärt, er habe als Chef der kommunalen Provinzialverwaltung es stets für richtig befunden, sich der politischen Tätigkeit zu enthalten, abweichend von Dennigsen, der in seinen amtlichen Stellungen zugleich politischer Parteiführer geblieben und dadurch auch seiner Partei genützt habe. Diese Äußerung habe lediglich eine Verschiedenheit der Auffassung in diesem Punkte konstatieren sollen.

Mit dieser höchst sonderbaren „Aufklärung“ erklären sich die nationalliberalen Mannesleuten befriedigt.

„Verpönte Gelegenheiten.“

Von industrieller Seite erhält die Scharfmacher-„Post“ einen Artikel, der sich mit der „Verständigung“ der bürgerlichen Parteien — der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und dem Zentrum — über die Aufstellung, Kündigung und Entlassung der Ortskrankenkassen-Beamten und Angestellten beschäftigt. Die „Post“ ist mit der Verständigung allerhöchst unzufrieden; sie führt aus:

„Die vielen Bedenken gegen die Reichsversicherung, die an dieser Stelle so oft geltend gemacht worden sind, werden durch diese Kompromißvorschläge nicht beseitigt. Die Reichsversicherungsordnung wird nicht benuzt, um die Sozialdemokraten aus den Krankenkassen zu entfernen. Die Gelegenheit, einmal energisch durch eine Tat den Kampf gegen die Umsturzpartei zu führen, ist wiederum veräußert worden. Wir warten noch vergeblich auf die Einlösung des Versprechens der Reichsregierung, daß auf gelegentlichem Wege der Kampf aufgenommen werden soll. Die Verständigung erfolgt wiederum wie gewöhnlich auf Kosten der Arbeitgeber. Bei den Gesetzgebern ist offenbar der Wunsch vorherrschend, vor allen Dingen etwas zustande zu bringen, ob es den Interessen des Allgemeinwohles entspricht, wird dabei wenig berücksichtigt. Wenn man wirklich energisch den Kampf gegen die Sozialdemokraten aufnehmen wollte, hätte man hier endlich einmal festbleiben müssen.“

Es zeigt sich einmal wieder, daß der Industrie immer neue Lasten zugewälzt werden, während ihre Rechte allenthalben gekürzt werden. Für die ernstlichen Einwendungen von Männern des praktischen Lebens zeigt man wenig Verständnis an leitender Stelle. Wenn es auch augenblicklich der Industrie besser geht, so muß man doch damit rechnen, daß eine fortgesetzte Gesetzgebung gegen die Arbeitgeber schließlich zu einem furchtbaren Zusammenbruch führt. Dieser Ausgang des Kampfes um die Reichsversicherungsordnung hat der Industrie wiederum gezeigt, daß sie vollständig machtlos in Deutschland ist, daß alle Gesetze ohne Rücksicht auf sie gemacht werden.“

Gewohnheitsmäßig arbeitet die „Post“ in wüßtester Scharfmacherei, um der Zufriedenheit derer sicher zu sein, von denen sie ausgehalten wird. Jeder Schritt auf sozialpolitischem Gebiete, der nicht einem Ausnahmegezetze zur Vernichtung der Sozialdemokratie gleichkommt, wird als „Gesetzgebung gegen die „Arbeitgeber“ gekennzeichnet, und mit beispielloser Frechheit wird ausgesprochen, daß man von der Regierung nichts anderes als Knebelgesetze gegen die arbeitenden Massen fordert. Die Entschuldigungen, die jetzt schon von den „Verständigungsparteien“ in der Reichsversicherungsordnungskommission geübt worden sind, genügen den Scharfmachern nicht einmal als Abschlagszahlungen.

Verdientes Lob.

Die rechtsnationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ sagt in einer Betrachtung über die Militärdebatten im Reichstage:

„Die Vorgänge bei der Erledigung der Heeresvorlage in zweiter Lesung verdienen nachträglich noch eine historische Würdigung; bedeuten sie doch, worauf wir schon in unserem Reichstagebericht hingewiesen haben, tatsächlich nichts weniger als einen Wendepunkt in der deutschen Parteigeschichte oder — richtiger gesagt — den endgültigen Abschluß einer Wandlung in der Parteigeschichte, die seit Jahren angebahnt wurde: zum ersten Male hat — ihren früheren Grundfäden entgegen — die freimüthige Partei für eine mehrjährige Festlegung der Heeresstärke gestimmt; sie hat einen der obersten Grundzüge Eugen Richterscher Politik endgültig aufgegeben! Und man darf wohl sagen: Wer jenen Boden auch nur einmal verlassen hat, der wird nie wieder seinen Boden auf ihm einnehmen können.“

Dieses Lob hat der Freisinn — oder, wie er sich jetzt nennt: Fortschritt — redlich verdient. Welchen Sinn sollen die Tiraden der Wiener, Gothein und Kopsch denn eigentlich haben, wenn sie schließlich alle Forderungen der Regierung bewilligen! Wie die Block-Ara korrumpernd auf alle bürgerlichen Parteien gewirkt hat, so auf die biedereren Fortschrittler ganz besonders. Was diese an politischer Reputation noch zu verlieren hatten, das ist jetzt reiflos dahin.

Gesetz über Feuerbestattung in Preußen.

Der Gezetzentwurf über die Feuerbestattung in Preußen soll soweit fertig sein, daß er in diesem Jahre noch an den Landtag kommen könne. Einen Haken hat

allerdings die Sache noch. Wie eine Korrespondenz meldet, habe der König von Preußen bisher weder prinzipiell der Einbringung des Gezetzentwurfs noch den einzelnen Bestimmungen desselben seine Genehmigung erteilt.

Das studentische Vereins- und Versammlungsrecht.

In einem Artikel über „Reform des Studentenrechts“ beschäftigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ auch mit der Frage des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts. Die Auffassung Prof. Bornhaks, das neue Reichsvereinsgesetz verbiete jede Beschränkung auch des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts, wird als „völlig unhaltbar“ bezeichnet. So wenig eine absolute Vereinsfreiheit für die Studierenden schon deshalb möglich sei, „weil sonst sozialdemokratische, polnische oder sonst staatsfeindliche Vereine entstehen würden“, sei trotzdem eine weitgehende Einschränkung der zurzeit eigentlich völlig diskretionären Befugnisse der akademischen Behörden auf dem Gebiete des studentischen Vereins- und Versammlungsrechts zu befürworten. „Es würde sich wahrscheinlich empfehlen, bei einer Reform der Hochschulgesetzgebung den nationalen oder staatlichen Charakter ausdrücklich als Grundlage des akademischen Rechts festzustellen. . . Ferner sollte den Studenten grundsätzlich die volle Freiheit garantiert werden, studentische Angelegenheiten in Versammlungen zu erörtern. . . Allerdings ist hier die Grenze praktisch nicht leicht zu ziehen. Denn ein Thema wie „Der Student und die soziale Frage“ kann natürlich den akademischen Rahmen völlig verlassen.“ In der Erörterung nationaler Fragen soll den Studenten kein Hindernis in den Weg gelegt werden; nur soll die Politik im engeren Sinne nach Möglichkeit ausgeschaltet bleiben.

Den Studenten wird damit offen und unverblümt zu verstehen gegeben, daß sie die Bestimmung haben, sich pflichtgemäß auf den Beruf der Staats- und Ordnungsfürsorge vorzubereiten. Wenn sie brav und tren dieser Bestimmung nachsehen, läßt man ihnen „wohlwollend“ absolute Freiheit. Wenn sie dagegen den Drang verspüren sollten, über den engen Rahmen beschränkter und blöder Kriegervereins- und Reichsverbandsideale hinaus zu wirken, soll ihnen der Strick um den Hals gelegt werden. Wie es in der Praxis ja auch bereits geübt wird.

Zur Landtags-Ersatzwahl im Kreise Serford-Halle-Vielefeld.

Die Vorstände der beiden Kreisorganisationen haben als Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei infolge des Verhaltens der Vielefelder Nationalliberalen den Beschluß gefaßt, die Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei aufzufordern, sich an der Wahl des Abgeordneten am 2. März nicht zu beteiligen. Die Vielefelder Nationalliberalen haben bekanntlich mit den Konservativen das Abkommen getroffen, daß die nationalliberalen Wahlmänner geschlossen für den Konservativen einzutreten haben. Dadurch ist die Wahl des Konservativen von vornherein gesichert und auch die sozialdemokratischen Wahlmänner können durch Unterstützung der Liberalen dieses Resultat nicht verhindern. Das sind die Gründe, weshalb die sozialdemokratische Organisation beschloß, den sozialdemokratischen Wahlmännern Stimmhaltung zu empfehlen.

Frankreich.

Das neue Kabinett. Präsident Fallieres ließ den Senator Monis zu sich rufen und forderte ihn auf, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Monis erbat sich Bedenkzeit zu einer Beratung mit seinen politischen Freunden. Monis hat sich entschlossen, neben der Präsidentschaft das Ministerium des Innern zu übernehmen. Er konferierte mit Bertheaux, der sich um den Posten des Kriegsministers zu bewerben scheint, und mit Delcasse, dem er die Übernahme des Marineministeriums antrug. Das Portefeuille des Äußeren wird er Ribot oder Poincarre anbieten. Die Unterredung zwischen Monis, Bertheaux und Delcasse dauerte nahezu zwei Stunden und betraf Personensfragen, sowie das Programm des neuen Kabinetts. Bertheaux übernahm das Kriegsministerium und Delcasse das Marineministerium.

Finnland.

Unruhinvasion. Wie der „Manchester Guardian“ meldet, ist der Polizeichef in Wiborg erlegt worden durch einen gewissen Pekonen, der eine seine Vergangenheit hat. Unter dem Bobrikoffischen Regiment war er bei der finnischen Polizei und gab sich als Handlanger gegen die Rechte Finnlands her. Nach Wiederherstellung der Rechtsordnung, 1906, wurde er wegen Fälschung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem wegen ungesetzlicher Verhaftungen zu Freiheitsstrafe. Er entkam und lebte in Petersburg unter falschem Namen. Im vorigen Jahre, nach Wiederannahme der Bobrikoff-Politik, ließ man ihn nach Finnland zurückgehen, ohne Verbüßung der Strafen und mit einer „Entschädigung“ von über 13 000 Mark aus der finnischen Staatskasse!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. März.

Die Tagesordnung der Bürgerschaft am Montag, dem 6. März 1911, ist wie folgt festgelegt worden: 1. Mitteilung des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Errichtung einer Kanalküsterstelle bei der Hanseatischen Gesandtschaft in Berlin. 2. Herabsetzung der Gebühren für verpödete Zahlung der Beiträge zur Stadtwasserfunkt. 3. Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung im Jahre 1906. 4. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1911. 5. Verkauf eines Areals an der Finkenstraße an die Norddeutsche Birtenfabrik vorm. Ledtke u. Stolterfoht, G. m. b. H. 6. Beihilfe an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein für den Betrieb des Warmbadehauses. 7. Abschließung der nach Süden gelegenen Veranda der Forsthalle. 8. Verkauf und Austausch von Staatsarealen in Boggensee. 9. Nachbewilligung von 4892 34 Mk. für die Herstellung von Straßen bei der St. Gertrudkirche auf dem Heiligen-Geist-Kamp. 10. Innere Ausstattung der Heilanstalt Strecknitz. 11. Bewilligung der durch die Verlegung der Bahnstrecke

Lübeck-Schwartau entstandenen Kosten. 12. Verschiebung der Grenze des inneren Bezirkes in der Vorstadt St. Gertrud. 13. Berechtigung von Müttern zu Vorarbeiten für Verbesserung der Verhältnisse Lübeck. 14. Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 2. März 1910, die Bauaufsicht für den Schiffelboden betreffend. 15. Erlaß eines 6. Nachtrages zum Jagdgesetz vom 28. Februar 1900. 11. Antrag von Aug. Bape, betr. Regelung der Schiffsfahrtsverhältnisse auf dem Rageburger See. IV. Antrag von Klein, betr. Aufbesserung der Bezüge von Ruhegehalts, sowie von Witwen- und Waisengeldeempfängern. V. Antrag von Stelling, betr. Gewährung einer den gegenwärtigen Löhnerverhältnissen entsprechenden Zulage an die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter. VI. Besprechung des Senatsdekrets vom 2. November 1910, betreffend Heranziehung hiesiger Privatarchitekten zur Mitarbeit an den städtischen Bauaufgaben.

Umgestaltung der Bahnstrecke Lübeck-Schwartau. Der Bürgerausschuß erklärte sich gestern, wie schon kurz berichtet, gutachtlich für die Mitgenehmigung eines diesbezüglichen Senatsantrages durch die Bürgerschaft. Es handelt sich hier um Aufwendungen des Staates, denen die Bürgerschaft bereits am 18. November 1901 prinzipiell zugestimmt hat, indem sie an diesem Tage den Vertrag vom 1. Mai 1901, betreffend die Umgestaltung der Bahnstrecke zwischen Lübeck und Schwartau, mitgenehmigte, sodas zurzeit nur noch eine Bewilligung der aufgewendeten Kosten in Rede steht. Die Senkung der Lübeck-Sutin-Travemünder Bahn unterhalb der Karlsruher hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung vom 27. Mai 1907 mitgenehmigt. Die Gesamtkosten sind auf 282 418,53 Mk. veranschlagt, die aus Anleiheemitteln gedeckt werden sollen.

Für Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten an den Gebäuden der Freibadananstalt Finkenbergs und der Badeanstalt Krähentisch bewilligte der Bürgerausschuß gestern 6000 Mk. Die Badeanstalt Finkenberg ist im Jahre 1895 aus dem abgebrochenen Material der früheren Badeanstalt am Rosenwall errichtet, wobei nur die ganz unbrauchbaren Teile durch neues Holz ersetzt wurden. Die Gebäulichkeiten befinden sich jetzt in einem solchen Zustande des Verfalls, daß sie mit kleinen Ausbesserungen nicht mehr betriebsfähig erhalten werden können. Unter Benutzung des vorhandenen Daches und einiger noch brauchbarer Teile der Zwischenwände beabsichtigt die Baudeputation, eine neue Entleerhalle unter Einschränkung der Zahl der Einzelzellen zu erbauen und den Raum für den Bademeister so zu verlegen, daß er die ganze Anstalt besser übersehen kann. Auch das Abortgebäude soll in kleineren Abmessungen erneuert und die Platte aus noch stückweise verwendbaren Teilen der Schalung der bisherigen Entleerhalle wiederhergestellt werden. In der Badeanstalt Krähentisch sind die unteren Schwellen der Holzwände und zum Teil auch die unteren Enden der Pfosten verfault und müssen erneuert werden. Dabei wird beabsichtigt, die eisernen Schwellenholzer, die stets feucht und nur geringem Luftzug ausgesetzt, der Fäulnisgefahr in hohem Grade unterliegen, durch eichene zu ersetzen. Desgleichen muß der Belag der Hauptzugangsflüge zur Badeanstalt von Braßs Balk und von der Weberstraße her erneuert werden, ebenfalls der an dem Westgiebel des Mittelbaues liegende Balkon.

Die Auszahlung der den Beamten ab 1. April 1910 bewilligten Gehaltserhöhungen ist gestern erfolgt.

Als Kandidaten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bezeichnete in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Genosse Th. Schwarz mit vollem Recht Herrn Julius Klein. Darüber schimpft nun das angeblich liberale „Lübecker Tageblatt“ in seiner bekannnten Altwelbermanier. Die Richtigkeit der Tatsache, daß der Reichsverband hinter Klein steht, wird dadurch natürlich nicht aus der Welt geschafft.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. In der am Dienstagabend stattgefundenen Generalversammlung wurde die am 18. Februar begonnene Beratung eines neuen Statuts zu Ende geführt. Die wirtschaftlichen Umwandlungen, vor allen Dingen aber die große Ausdehnung der Genossenschaft hatten es notwendig gemacht, einen anderen organischen Aufbau herbeizuführen. Das neue Statut sieht außer den im Genossenschaftsgesetz vorgesehene drei Organen noch ein weiteres, den Genossenschaftsrat, vor. Diese Körperschaft stellt eine Vertretung der Mitglieder dar, die in einzelnen Bezirken nach Maßgabe der vorhandenen Warenabgabestellen gewählt wird, und somit auch den auswärtigen Mitgliedern eine Teilnahme an der Verwaltung gewährt. Aber nicht nur Verwaltungsorgan ist der Genossenschaftsrat, ihm ist auch ein Teil derjenigen Arbeiten und Rechte zugewiesen worden, die solange der Generalversammlung vorbehalten waren; auch den Angestellten ist eine Vertretung zugewilligt worden. Es erübrigt sich, zu betonen, daß auch die übrigen Bestimmungen den modernen Anforderungen entsprechend geändert sind. Waren die Mitglieder anfänglich geteilter Meinung über die Zweckmäßigkeit dieser Statutenänderung, so wurde doch in der Schlußabstimmung mit seltener Einmütigkeit für den gedruckten vorliegenden Statutenentwurf gestimmt. So hat sich denn der Konsumverein eine neue Waffe zu fernem Kampf für die wirtschaftlich Schwachen, ein neues Mittel zu weiterem Blüten und Gedeihen geschaffen.

Die sonntägliche Verkaufszeit. Seit einer Reihe von Jahren wird von den organisierten Hausdienern und Handlungsgesellen die durchaus berechtigte Forderung auf eine weitere Einschränkung der sonntäglichen Verkaufszeit und der Arbeitszeit in den Kontoren erhoben. Unsere gelegentlichen Körperschaften haben sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und ein diesbezügliches Ersuchen an den Senat gerichtet. Der Senat hat nun, wie aus einem gestern im Bürgerausschuß verlesenen Senatsdekret hervorgeht, ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung genommen. Er hat sich zunächst erkundigt, wie weit die Vorarbeiten des Bundesrats in dieser Frage bereits gediehen sind. Ihm ist mitgeteilt worden, daß die Beratungen über den Gesetzentwurf — der auf der Grundlage der vollständigen Sonntagsruhe unter Einräumung des Rechts an die Landesregierungen und Gemeinden, in beschränktem Umfang Ausnahmen zuzulassen, aufgebaut ist — abgeschlossen sind und der Entwurf demnächst dem Reichstage zugehen wird. Hierauf hat der Senat beschlossen, zunächst bis zur reichsgesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit eine abwartende Stellung einzunehmen. — Da es nach unserer Meinung ausgeschlossen ist, daß sich der jetzige Reichstag noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, so kann die Sache immerhin noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die direkt Beteiligten haben also alle Ursache bei den kommenden Reichstagswahlen auf dem Posten zu sein und solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, der für eine durchgreifende Änderung der einschlägigen Sonntagsruhebestimmungen eintritt. Als solcher kommt aber nur der sozialdemokratische in Frage.

Der erste diesjährige Pferdemarkt wird am Donnerstag, dem 9. März, auf dem an der Hackenburger Allee nordwestlich von der Kaiserin in der Vorstadt St. Lorenz gelegenen Plage abgehalten.

Um 40 000 Mk. Die Lübecker Commerzbank hat durch einen Prozeß 40 000 Mk. verdient. Die Steuer-

behörde hatte das aus den Neuemissionen von 1906 und 1907 erzielte Agio mit 40 000 Mk. zur Einkommensteuer herangezogen. Die Verwaltung der Bank beschritt den Klagenweg, der Prozeß wurde aber vom Landgericht Lübeck zumungunsten der Bank entschieden. Diese legte nun Revision beim Oberlandesgericht ein und dieses entschied, das Agio sei nicht steuerpflichtig. Damit war die Lübecker Steuerbehörde wieder nicht zufrieden, sie wandte sich an das Reichsgericht, und dieses entschied im Sinne des Oberlandesgerichts, indem es den Gewinn aus Neuemissionen für nicht einkommensteuerpflichtig erklärte. Die Steuerbehörde muß also die 40 000 Mark wieder herausgeben.

Zwecks Einrichtung der Lübecker Gruppenausstellung an der Internationalen Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr Berlin 1911 soll dem hiesigen Stadt- und Landamt auf Antrag des Senates die Summe von 5500 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß bewilligte in seiner gestrigen Sitzung die geforderte Summe.

Verbesserungsbeziehung im Lübeckischen Staate während des Jahres 1911. Die Zahl der Eheschließungen betrug 51 (1910: 38), die der Lebendgeburten 202 (258) und die der Sterbefälle 168 (150). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 34 (108). Uneheliche Geburten kamen 28 (28) mal vor. Totgeburten wurden 8 mal registriert.

Solkauktion im Forstrevier Kitzerau. Am Sonntagabend, dem 18. März d. J., von vormittags 11 Uhr ab sollen in der Gastwirtschaft von Wüst, Ruffe, aus den Forstorten Nachberg, Bepeland, Hohenholz, Grünrade, Steinbruch, Stau, Mannheim, Siegrün, Fuchsberg, Schmiedebusch, Steinbaelen und Poggensee öffentlich meistbietend verkauft werden: Eichen: 98 rm Klust und Knüppel, Buchen: 1120 rm Klust, 290 rm Knüppel, Eichen: 86 rm Klust und Knüppel. Spezielle Zuschüsse liegen vom 8. März d. J. ab auf der Revierförsterei, der Stadtkasse und im Verkaufstotal aus. Eine zweite Fadenholzauktion findet in diesem Jahre im Kitzerauer Schutzbezirk nicht statt.

Was das Meer verschlingt. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im Januar 1911 30 Dampfer mit 39 027 Brutto Reg.-T. und 34 Segelschiffe mit 11 465 Netto Reg.-T. vollständig verloren gegangen, gegen 38 Dampfer mit 44 318 Brutto Reg.-T. und 54 Segelschiffe mit 21 633 Netto Reg.-T. im Januar 1910. Von den verloren gegangenen 30 Dampfern sind 11 gesunken, 2 durch Kollisionen, 2 durch Maschinenschaden und 3 durch Feuer verloren gegangen, 5 sind verschollen, 6 sind gesunken und 1 ist verlassen worden. Von den 34 Segelschiffen sind 20 gesunken, 2 sind durch Kollisionen und 1 ist durch Feuer verloren gegangen, 6 sind verschollen, 3 verlassen und 2 kondemniert. — Außer diesen Totalverlusten hatten noch 618 Dampfer und 129 Segelschiffe Havarien, gegen 600 Dampfer und 129 Segelschiffe im Januar 1910. Unter den im Januar d. J. vollständig verlorenen Dampfern befinden sich die deutschen Dampfer „Savel“, „Maria Ruß“ und „Savona“, und unter den Segelschiffen befindet sich nur ein deutsches, nämlich der Bremer Schoner „Griede“.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 7 Uhr gelangt als 6. Vorstellung im Wagner-Kyklus „Die Walküre“, erster Tag aus dem Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“ zur Aufführung. — Die Besetzung der Hauptpartien ist folgende: Wotan: Herr Langefeld; Siegmund: Herr Wistori; Hunding: Herr Vollmer; Brunnhilde: Frä. Kornes; Sieglinde: Frau Vartic-Fenas; Fricka: Frau Kullger. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Felsau, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Weiffen. — Am Sonntagabend geht bei kleinen Preisen Sandermanns wirkungsvolles Schauspiel „Heimath“ in neuer Einstudierung in Szene. — Für Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ist bei kleinen Preisen Leo Falts Operette „Die geschiedene Frau“ angelegt. — Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet das letzte Gastspiel der Hofopernsängerin Lily Herking vom Herzoglichen Hoftheater in Dessau als „Mignon“ in der gleichnamigen Oper von Thomas bei gewöhnlichen Opernpreisen statt. — Am Dienstag, dem 7. März, findet die Uraufführung des neuen Schauspiels von unserem heimlichen Dichter Johannes Tralow, „M o d e l l e“, statt. Die Proben, zu denen auch der Autor persönlich erschienen ist, haben bereits begonnen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt das packende Drama „T a i k u n“ von Melchior Lengel in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater, zur Aufführung. (Vorverkauf der Billets siehe Inserat.)

Hamburg. Drei Mann bei einem Abbruch schwer verletzt. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich am Mittwochabend kurz vor Feierabend auf der Abbruchstelle der Marientaler Bierhalle am Werdemarkt. Dort waren mehrere Abbrucharbeiter mit dem Niederreißen einer Mauer beschäftigt. Plötzlich stürzte die Wand ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Als man die Unglücklichen befreit hatte, stellte sich heraus, daß alle drei schwere Verletzungen davongetragen hatten. Einer von ihnen konnte jedoch, nachdem er verbunden worden war, in seine Wohnung entlassen werden, während die beiden anderen so schwer verletzt worden sind, daß sie ins Krankenhaus St. Georg transportiert werden mußten. — Ein Todessturz auf der Vulkanwerft. In der Nacht zum Dienstag ereignete sich auf der Vulkanwerft wieder ein Unglücksfall, dem ein junges, blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Der 16 Jahre alte Nietenswärmer Alfred Katakski, der mit seinem Bruder seine Mutter ernährte, ist gegen 11 1/2 Uhr bei der Nacharbeit über einen auf der Stellage liegenden elektrischen Leitungsdraht gestolpert und zwischen die Bretter der Stellage hindurch aus einer Höhe von 14 Metern in die Tiefe gestürzt. Schwer verletzt mit einem Schädelbruch und mehreren Knochenbrüchen, wurde der Arme dem Hafentraktenhaufe zugeführt, wo er bald darauf verstarb. Hierzu bemerkt das „Hbg. Echo“: Auch dieser Unglücksfall ist wieder auf den mangelhaften Stellagenbau zurückzuführen. Wie oft haben wir nicht schon über solche Unfälle berichten müssen, die eine Folge des mangelhaften Stellagenbaus waren. Scharf haben wir jedesmal kritisiert, aber weder die Direktion noch die Behörde sorgen für den nötigen Schutz der Arbeiter. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß die Arbeiter so ihr Leben zu Markte tragen müssen, lediglich der elenden Profitsucht wegen. — Zwei Opfer des Straßenverkehrs. Schon wieder einmal hat der Straßenbetrieb zwei Opfer gefordert. In der Bankstraße wurde der 16jährige Begleitfischer B., als er vor dem Wagen, den er zu beaufsichtigen hat, stand, durch das plötzliche Anziehen der Pferde zu Boden gestossen und geriet unter die Räder des eigenen Wagens. Der junge Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche des im Beruf ums Leben gekommenen Mannes wurde in die Leichenhalle des Hafentraktenhauses gebracht. — Der zweite tödliche Unfall im Straßenverkehr ereignete sich am Willwärders Neudeich. Dort wurde der Lehrling D. von einem Kollseherwagen, auf dem

er mit noch einem jungen Mann während der Fahrt gestanden hatte, und von dem er herabgefallen war, überfahren und so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus St. Georg starb.

Hamburg. Für eine Luftschiffhalle bewilligte die Bürgerschaft zu Vorbereitungszwecken 119 550 Mk.

Lübeck. Für die Arbeiter war wieder einmal nicht so da. Nach zweitägiger harter Arbeit ist es den Lübecker Stadtkollegien am Dienstag spät abends gelungen, den mehr als 21 Millionenbetag unter Dach und Fach zu bringen. Wie vorausgesehen war, wurde der Erhöhung des Zuschlags zur Einkommen- und Gewerbesteuer von 280 auf 250 Proz. zugestimmt, bei der ersten Lesung sogar einstimmig, weil die gegenwärtige schlechte Finanzlage von niemanden verkannt werden konnte. Die vom Bürgermeister Lindemann in Vorschlag gebrachte Einführung einer Biersteuer gelangte dagegen nicht zur Annahme. Ungeklärt blieb auf die geschäftliche Lage eines Teiles der Brauereien hatten mehrere bürgerliche Stadtverordnete beantragt, von der Einführung einer kommunalen Biersteuer für den gegenwärtigen Etat abzusehen. Bürgermeister Lindemann zog darauf keinen Vorschlag als aussichtslos zurück, dem von allen Seiten zugestimmt wurde, zur großen Freude der auf der Puhdrtribüne anwesenden Brauereidirektoren. Unsere Genossen stimmten selbstredend gegen die Steuer, und zwar aus prinzipiellen Gründen und nicht wegen der vorgebrachten. Ist es doch Tatsache, daß die hiesigen Brauereibetriebe gerade im verflochtenen Jahre recht hohe Profite erzielt haben. Hätten unsere Genossen in der ersten Lesung für die Erhöhung der direkten Steuern mitgestimmt, erklärten sie sich in der zweiten Lesung dagegen, wie sie auch am Schluß gegen den ganzen Etat stimmten. Das aber geschah aus guten Gründen; hatte die Majorität beider Kollegien doch die sämtlichen, überaus bescheidenen Verbesserungsansätze der Arbeitervertreter abgelehnt. Sie hatten sich damit begnügt, wegen der schlechten Finanzlage für die städtischen Arbeiter zu verlangen, daß der Lohn für die Retortenheizer sowie diejenigen Arbeiter, die weniger als 4 Mk. pro Tag verdienen, um 20 Pfg. pro Tag erhöht werde. Trotz der Erhöhung der Steuern und der Tatsache, daß die Einnahmen bei den städtischen Werken auffallend niedrig angefallen worden waren, hatte der Finanzdezernent Lindemann dafür kein Geld übrig. Das Ganze würde nur eine Mehrausgabe von 15 000 Mark erfordern, trotzdem stimmte der Bürgermeister sich mit allen Kräften dagegen, obgleich er erst kürzlich für die Bewilligung von 5000 Mk. für einen Ehrenpreis zur Flugwoche eingetreten war. Und er hatte Erfolg. Unsere Genossen blieben in der Minorität. Selbst der freisinnige Landtagsabgeordnete Hoff, der jüngst mit dafür gestimmt hatte, votierte dagegen, nachdem auf Antrag Lindemanns beschlossen worden war, vorerst den Rechnungsschluß für 1910 abzuwarten und dann eventuell eine Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter vorzunehmen. Unsere Genossen gaben den Herren deutlich zu verstehen, was sie von diesem bereits wiederholt gemachten Versprechen halten. Einzig zur Annahme gelangte der Antrag, daß die Frist innerhalb deren ehemalige Streikende der städtischen Werke, wenn sie wieder eingestellt werden, in den Genuß ihrer alten Rechte kommen, bis zum 1. April 1912 verlängert wurde. Abgelehnt wurde dagegen wie früher die Einstellung eines besoldeten Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen usw. Für die Arbeiter war eben wieder einmal nichts übrig als leere Worte und unverbindliche Versprechungen.

Neudöbber. Risiko der Arbeit. Der aus Hirschberg (Schlesien) stammende 25jährige Arbeiter Boiczyt stürzte bei den Erdbarbeiten auf der Königsföppel ab und war sofort tot.

Tönning. Vorsicht mit Revolvern. Als ein Kommiss des Kaufmanns Thode beim Ausprobieren neu eingegangener Revolver ein Geschloß herausnehmen wollte, entlud sich der Revolver, und die Kugel ging dem fünfjährigen Sohn Thodes durch die Schläfe. Das Kind starb nach einigen qualvollen Stunden.

Neudöbber. Mecklenburgisches. Dem mecklenburgischen Landtage, der am Freitagsdienstag wieder zusammentrat, wurde ein Regierungserkripts vorgelesen, das sich gegen den Vorwurf einiger Mitglieder des Verfassungskomitees wendet, die Regierung wirtschaftlich nicht sparsam. Die Regierung erwidert auf diesen Vorwurf: Die schlechte Finanzlage sei durch die ständische Verfassung verschuldet.

Neudöbber. Feuer. Dienstag früh gegen 7 Uhr ging im Viehhauze zu Casendorf, zur Grafenschaft Wedendorf gehörig, Feuer auf, das sehr schnell um sich griff, 82 Milchkühe sind verbrannt, drei oder vier Tiere sind geschlachtet, weil sie vom Feuer gelitten hatten, andere Tiere befinden sich in tierärztlicher Behandlung. Die Kühe der Hoftagelöhner sind gerettet. Dem Holländereipächter sollen 16 Ferkel verbrannt sein. Auch eine Schweine, in der sich noch viel Korn befand, geriet in Brand. Das Korn ist zum Teil, wenn auch in beschädigtem Zustand, gerettet. Die Milchkühe sollen durchschnittlich mit 300 Mk. pro Haupt versichert sein. Das Feuer soll während des Meilens entstanden sein; man nimmt an infolge Cyplo d i e r e n s einer Lampe.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 1. März.

Bauern-Butter Rfd. 1,25—1,35 Mk., Meierei-Butter Rfd. 1,45 Mk., Hasen — Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—3,00 Mk., Rufen Stck. 2,00—3,00 Mk., Tauben Stck. 0,55—0,65 Pf., Gänse Rfd. —0,60 Mk., Klüppeln 2 Mk., Schinken Rfd. 0,—0,95 Mk., Schweinskopf Rfd. 55—60 Pfg., Wurk Rfd. 1,20—1,40, Eier 8 Stück 60 Pfg., Heringe 8—10 Wfa., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1,00—1,10 Mk., Geräuch. Lachs Rfd. 1,00—2,00 Mk., Schlei Rfd. 1,40—1,60 Mk., Prachsen —75 Pf., Hechte Rfd. 70—80 Pf., Barsche Rfd. 70—80 Pfg., Wal Rfd. —1,00 Mk., Karautsch Rfd. — Pfg., Gemüse genüg., Blumenkoh, d. Kopf 0,30—0,60 Mk., Kohl 100 Rfd. — Mk., Gurken, 100 Rfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Rfd. — Mk., Aepfel, verpackte pr. 100 Rfd. — Mk., Räumern, pr. 100 Rfd. — Mk., Rirschen Rfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 100 Pfund 50—70 Pf., Mand Rfd. 70 Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 1. März.

1. Klasse 291 Drittel zu 133,10 Mk. im Durchschnitt.
2 „ „ 24 „ 120,75 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Wenzel & Co. Sämtlich in Lübeck.

L. K. T. H.

Lübecker Kaffee- und Tee-Haus.

Morgen Freitag 9 Uhr vormittags

Eröffnung.

Kaffee frisch gebrannt
per Pfund
1³⁰ 1⁴⁰ 1⁵⁰ 1⁶⁰ 2⁰⁰ M.

Tee lose u. in Paketen
per Pfund
1⁸⁰ 2⁰⁰ 2⁶⁰ 3⁰⁰ 3⁶⁰ M.

Kakao deutsch u. holländ.
per Pfund
90³ 1²⁰ 1⁴⁰ 1⁶⁰ 2⁰⁰ 2⁴⁰ M.

Misch-Kaffee per Pfund nur **75** 1⁰⁰ 1²⁰ M.
Vorzüglich im Geschmack u. Aroma

Auf diese Waren 5 Proz. in Marken.

Freitag, Sonnabend u. Sonntag doppelte Marken.

Lübecker Kaffee- und Tee-Haus.

Friedrich Warnecke.

Breite Straße 1-5.

Lieferung frei Haus.

Fernsprecher 727.

Günstig für Brautleute.
Neue moderne Wohnzei-
nung, bestehend aus Wohnzimmer,
Schlafzimmer und Küche, Preis
500 Mk., in bar 4% Rabatt.
Das Wohnzimmer ist im Schau-
fenster ausgestellt.
Sundestraße 13.

Zu verkaufen ein verstellbarer
Sportwagen mit Gummireifen
Waislinger Allee 40a, I.

Ein fast neuer Sportwagen zu
verkaufen
Al. Gröpelgrube 9, II.

Briefkasten zu verkaufen, event.
gegen andere umzutauschen. Das
am Sonntag ein Rotzsch-
Läuber entflohen. Geg. Bel. ab. Mfr. 31p.

Verloren am Sonntag ein Porte-
monnaie mit Inhalt im Verein Ein-
tracht. Bitte gegen gute Belohn.
abzugeben
Friedenstraße 56.

Feine Wäsche wird sauber ge-
waschen und geplättet.
Frau Hardt, Johannisstr. 55, II.

Ein kleines Kind wird in gute
Pflege und Kost genommen
Stittenstraße 27, I. I.

Gesucht ein ganz kl. Kind geg. etw.
Bergütung als eigen anzunehmen
oder in Kost und Pflege. Off. u.
E 48 an die Exped. d. Bl.

Geschäftsöffnung.
Gabe am 1. März
**ein Herren- u. Damen-
Friseurgeschäft**

eröffnet und bitte um gütige Unter-
stützung.
Ernst Grote.

Feinste Bauernbutter
Pfd. 1.25 Mk.
empfiehlt
Wilh. Süfke, Warendorfbstr. 25.

Rechnungs-Formulare
Buchdruckerei des Ldb. Volksboten.

Eine Sportcarre auf Gummi zu
kaufen gesucht. Ing. mit Preisang.
u. J 40 an die Exped. d. Bl.

**Billiges
Volksgetränk!**

Trinkt
H. Bülcks Misch-Kaffee!
Bfd. 80 Bfg., 1.00, 1.10 und
1.20 Mk., in 1/2 und 1/4 Pfund,
fertig zum Gebrauch.

Die Mischungen enthalten keinerlei
künstliche Farbstoffe, keine havarierte
Bohnen (sogen. vom Seewasser be-
schädigte) und sind frei von jedem
Beschwerungsmittel.

für Haushaltungen mit großem
Personal ist diese Mischung be-
sonders zu empfehlen.

Wiederverkäufer erhalten
Rabatt.

H. Bülck

Breitestr. 51. Fernsprecher 149.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20-6.45
Maurerhosen	2.60-6.75
Schlofferhosen	1.88-5.25
Überziehhosen	1.08-2.35
Zwirn-Hosen	1.68-3.25

leinere Jacken, Stränge u. gerade,
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-
jacken, Freizeithosen, Maferrmäntel
erhältnißlich billig. Mützen von 30
Bf. bis 1.88 Mk. Note Subecam.



Aus der Schule.

(Wahres Geschichtchen.)

Der Lehrer will erklären,
Was Gut und Böse sei.
„Gut ist ... nun laßt mal hören,
Was denkt ihr euch dabei?“

Da hebt die ganze Klasse
Die Finger in die Höh' —
„Nun?“ — „Gut ist eine Tasse —
Rathreiners Malzkaffee!“

„Der Gehalt macht's!“

Achtung!
**Kohlenplagarbeiter u.
Kohlenkutscher!**

Die Sektions-Versammlung am
Freitag fällt umständehalber aus.
Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 5. März 1911,
von nachmittags 4 1/2 Uhr an:
Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus“
Im Anschluß: Monatsbesprechung,
Der Jugend-Ausschuß.

Stadthallen-theater.
Freitag, 3. März. Abends 8 Uhr
Taifun.

Drama von Melchior Lengyel.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Rob, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Freitag, 3. März. Abends 7 Uhr.
Voll-Abonn. 144. Freitag-Ab. 25.
6. Vorst. im Wagner-Zyklus!

Die Walküre.
Erster Tag aus dem Bühnenfestspiel
Der Ring des Nibelungen.
Sonnabend, 4. März. 7 1/2 Uhr.

**Bei kleinen Preisen!
Heimat.**

Schauspiel von S. Sudermann.
Sonntag, 5. März. Nachm. 3 Uhr.
Bei kleinen Preisen!

Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.
Sonntag, 5. März. Abds. 7 1/2 Uhr.
Gewöhnliche Opern-Preise!
Letztes Gastsp. d. Hofopernsängerin
Lily Herking

vom Herzogl. Hoftheater in Dessau
Mignon.
Oper von A. Thomas.

Tonhalle.

Lichtbild-Theater.

Die Verwendung des Schneeschuhes. — Pathe Journal. —
Tunismarkt. Natur.
Ein gutgelegter Schornstein. — Fritschen zeigt seinem Freund
Marseille. Humoristisch.
Cancini. Der Regimentshund, großes Reiter- u. Indianer-Drama aus
Texas. — Die Erbschaft. — Zwei Seelen, ein Gedanke.
Die Direktion.

Größte Vorteile bietet der
Schuhwarenausverkauf
besonders auch für Kaufmänner.
DRENSKE, Breitestraße 21.

Der Kampf um die Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen.

In der Sitzung der Reichsversicherungskommission am Dienstag standen eine Anzahl Anträge zur Generaldebatte, die von den Kompromissparteien, den Konservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung ausgeklügelt worden sind. Es handelt sich um die Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in der Krankenversicherung. Bei wichtigen Beschlüssen soll künftig der Ausschuss der Kasse nicht mehr mit einfacher Majorität entscheiden, sondern die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber müssen in gesonderter Abstimmung zu dem gleichen Beschluß kommen, wenn er Geltung haben soll. Die bürgerlichen Parteien wollen damit den Einfluß der Arbeiter zurückdrängen, ohne die Halbierung der Beiträge in den Kauf zu nehmen, die in der Regierungsvorlage vorgesehen ist.

Weiter wird beantragt, daß Beamte nur dann vom Vorstand angestellt werden können, wenn die Mehrheit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zustimmt. Sind beide Gruppen über die Anstellung nicht einig, stimmen aber zwei Drittel aller Vorstandsmitglieder für die Anstellung eines Bewerbers, so muß der Vorsitzende des Versicherungsausschusses die Bestätigung für die Anstellung geben. Diese Bestätigung darf nur auf Grund von Tatsachen verlagert werden, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgeschlagenen die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für die unparteiliche Wahrnehmung der Dienstgeschäfte oder die Fähigkeit zu dem Dienst fehlt.

Die Anträge wurden von den Genossen Hoch, Wolkenbühr und Schmidt entschieden bekämpft. Unsere Redner legten dar, daß die Krankenkassen durch die Anträge den Unternehmern zu einem erheblichen Teil ausgeliefert würden und das Verwaltungsrecht der Arbeiter so gut wie vernichtet werde. Nicht darum handele es sich, angeblich Mißstände in der Verwaltung zu beseitigen, sondern die bürgerlichen Parteien möchten Sozialdemokraten von den einflussreichen Posten der Kassen fernhalten. Es seien rein politische Motive, die diese reaktionäre Bestimmung diktiert haben. Dabei spielt die Absicht eine Rolle, möglichst viel Militäranwärter in die Krankenkassen zu bekommen, die in bürokratischer Weise die Verwaltung handhaben würden. Es sei bezeichnend für das Zentrum, daß es die Selbstverwaltung der Krankenkassen beschneiden wolle, während dieselben Herren bei den Berufsgenossenschaften eifrig bemüht waren, jede Einschränkung der Arbeiter fern zu halten. Auch hat dasselbe Zentrum seinen konservativen Freunden die Konzession gemacht, die Landarbeiter jedes Verwaltungsrechtes zu berauben. Das sei die Sozialreform des Zentrums, daß nach 25 Jahren der Arbeiterversicherung die Selbstverwaltung der Arbeiter auf Wunsch der industriellen Scharfmacher geopfert werde. Der Vertreter der Berufsgenossenschaften sei im Auftrage des Verbandes der Berufsgenossenschaften mit einer für ihn ausgeschlagenen Entschädigung von 10 000 Mk am Werke, mit Hilfe der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien die Interessen seiner Auftraggeber wahrzunehmen.

Von den Vertretern des Kompromissantrages Graf Westarp, Trimborn, Becker (Arnsberg) und

Hausmann wurden diese Angriffe nur mit der Ausrede abgewehrt, daß der politische Einfluß der Sozialdemokratie in der Krankenkasse ausgemerzt werden müsse; insbesondere begründete man diesen Standpunkt auch mit dem Vertragsformular des Verbandes der Bureauangestellten vom Jahre 1906, das nach Ansicht des Grafen Westarp selbst bei schweren politischen Verbrechen die Entlassung eines Beamten nicht gestattet. Vom Zentrum abgeordneten Becker wurden angebliche Draufgängeraktionen christlicher Arbeiter „durch sozialdemokratische Kassenverwaltungen“ vorgetragen, um wenigstens einen Schein der Berechtigung für das verräterische Verhalten des Zentrums beizubringen.

Genosse Schmidt entgegnete, daß in all den Fällen eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde Abhilfe geschaffen hätte. Der so viel angegriffene Vertrag ist in dem Augenblick fallen gelassen worden, in dem jene übertriebene Auslegung beliebt wurde, die in der Kommission zum Vortrag kam. Nicht ein Fall sei genannt, durch den sich der Nachweis führen lasse, daß einer Kasse aus diesem Vertrage Nachteile entstanden seien. Die Dinge würden aufgeklärt, um damit den Streich gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter zu decken.

In der Sitzung am Mittwoch wurde die Generaldebatte über die beantragte Einschränkung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen fortgesetzt. Die Debatte brachte wieder die Gegenläufe zum Ausdruck, die in der Beurteilung der Frage zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie bestehen. Die Wortführer der bürgerlichen Parteien und Regierungsvertreter führten wieder verächtliche angebliche Verfehlungen der Ortskrankenkassen-Verwaltungen ins Feld, die wahrscheinlich im Plenum noch eine Rolle spielen werden. Alle die Vorwürfe sollen die Deckung abgeben für den Anschlag gegen die Arbeitervertretung. Bemerkenswert war, daß auch Herr Dr. Mugdan im allgemeinen den Anträgen zustimmte, nur einige untergeordnete Änderungen werden von freisinniger Seite empfohlen. Die Freisinnigen wollen den bisher „rechtlosen Arbeitgebern“ gegen die Sozialdemokratie zu ihren Rechten verhelfen. Von unseren Genossen wurde die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien erneut einer scharfen Kritik unterzogen und den Gegnern entgegengehalten, daß alle die Anträge darauf hinausgehen, die Sozialdemokraten von der Kassenverwaltung fernzuhalten, um die Stellen mit Militäranwärtern zu besetzen.

Die Generaldebatte über diese Anträge wird am Donnerstag fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 1. März 1911.

138. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Heeringen.

Zweite Beratung des Militäretats.

(Fünfter Tag.)

Die Beratung beginnt bei dem Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“, wozu zwei Resolutionen des Zentrums vorliegen, von denen die eine bei Vergebung der Lieferungen tunlichste Berücksichtigung der Vereinigung von Heimarbeitern, die andere die Berücksichtigung der Handwerker-Genossenschaften und Innungen wünscht.

Pauly-Cochem (3.) bittet den Kriegsminister, im

Interesse der Loharbereien dafür zu sorgen, daß möglichst nur mit Loh gearbeitet werde bei der Herstellung von Schuhwerk für die Soldaten zur Verwendung komme.

Albrecht (3.): Bei den Bekleidungsämtern wird immer noch zu viel reglementiert und kommandiert, auch fehlt es den Handweilern vorgeordneten Offizieren recht oft an Sachkenntnis. In einem Amt mit 300 Arbeitern sind drei Stabsoffiziere, fünf Hauptleute, ein Rendant, fünf Inspektoren, ein Unterinspektor und 17 Unterbeamte angestellt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dazu kommen noch sieben Handwerkermeister, so daß man

bei dreihundert Arbeitern sechzig Aufsichtspersonen

hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dann ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeiter teuer arbeiten. Die Aufsichtspersonen arbeiten nur fünf und sechs Stunden täglich, da sollte man den Arbeitern auch die achttündige Arbeitszeit gewähren statt der jetzigen neunstündigen. Man läßt jetzt Sturm gegen das System der erweiterten Bekleidungsämter mit Zweitarbeitern. Aber für die Arbeiter ist das gegenwärtige System das beste. Sie haben hier eine geregelte Arbeitszeit, eine einigermaßen anständige Verfassung und auch einen annehmbaren Lohn. Geschaffen ist das jetzige System durch die Mehrheitsparteien, speziell das Zentrum verlangte im Jahre 1900 die Errichtung von 6000 Stomachhandweilern durch Handweilern. Obwohl erst die Hälfte der Bekleidungsämter in solche mit erweitertem Betrieb mit Zweitarbeitern umgewandelt ist, und obwohl die Militärverwaltung in ihrer Tendenz selbst sagt, der gegenwärtige Übergangszustand sei unhaltbar, ist im Etat kein Kosten für die weitere Umwandlung der Bekleidungsämter in solche mit erweitertem Betrieb eingeplant. — Per dem Bekleidungsamt in Straßburg sind die Arbeiter in großer Aufregung, weil die Budgetkommission beschließen haben soll, die Tuchhosen für die Strafanstalten anfertigen zu lassen, und weil der Preis für diese Hosen auf 10 Pfennig herabgesetzt werden soll, daß ein Drittel der Arbeiter entlassen wird. Die Budgetkommission hat einen solchen Beschluß nicht gefaßt, sondern lediglich ein Zentrumsmitglied wünschte, daß die Arbeiten in Strafanstalten gemacht werden. Ist die

Nebenregierung des Zentrums

schon so stark, daß ein solcher Wunsch für den Kriegsminister genügt, um Arbeiterentlassungen anzunehmen? Von Seiten der Militärparteien wird jetzt behauptet, die umgewandelten Bekleidungsämter arbeiten zu teuer. Aber das trifft nicht zu. In der Tendenz ist nachgewiesen, daß gerade das System der Bekleidung der Sachen im Kleinergewerbe und mit Heimarbeitern am teuersten ist, und daß dabei auch nicht so sauber und akkurat gearbeitet wird wie in den Bekleidungsämtern. Am schlechtesten ist die Arbeit in den Strafanstalten. Wer diese Arbeiten in die Strafanstalten verweisen will, will damit gleichzeitig

Tausende von Arbeitern brotlos

machen und somit neue Tausende auf die Straße werfen und in die Gefängnisse bringen. (Leb! Sehr richtig! bei den Soz.) Schon heute beschäftigt die Militärverwaltung die Strafanstalten zur Genüge. Auch wir wollen Beschäftigung der Strafgefangenen, freilich andere als heute; doch steht das jetzt nicht zur Debatte. Von unseren älteren Parteigenossen haben die meisten Gelegenheit gehabt, diese

Erziehungsanstalten des deutschen Volkes

von innen kennen zu lernen, wir kennen daher ihr Produktionssystem und die Ausbeutung der armen Opfer der christlich-kapitalistischen Gesellschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ein

Verbrechen an der Menschheit,

wenn Arbeiter, die von Zivilarbeitern gut geleitet werden können, wegen der Ersparung von einigen hunderttausend Mark am Militäretat in die Strafanstalten gegeben werden sollen. Wenn Sie mit dem militärischen System schon so weit herunter sind, so sagen Sie lieber gleich den Bankrott

Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(7. Fortsetzung.)

„Ja, das glaub' ich Euch wohl.“ lachte der Polizeidiener, „aber er nicht mit Euch, und nun tragt Euren Schatten in ein anderes Stadtviertel hinüber, hier habt Ihr nichts mehr zu suchen.“

„Und wenn ich ihm selbst nur einen Vorschlag zur Güte zu machen hätte — es wäre vielleicht in zehn Minuten erledigt.“

„Er hat mir besonderen Auftrag gegeben, Euch unter gar keinem Vorwand zu ihm zu lassen. Was Ihr von ihm wollt, das sollt Ihr vor den Gerichten andringen — und so gehört sich auch, also helft Euch keine weiteren Redensarten, und nun vamos nos, denn ich möchte hier nicht länger bei Euch in der Sonne stehen bleiben.“

„Also er verweigert jeden weiteren Verkehr mit mir?“

„Na ja, nun sagt Ihr nun noch einmal von vorne an! Ich dachte doch wahrhaftig, ich hätte deutlich genug gesprochen. Laßt Ihr Euch noch einmal hier am Hause sehen, so werdet Ihr beigesteckt. Habt Ihr das verstanden?“

„Ja wohl, amigo — es war nicht mißzuverstehen; also adios und einen vergnügten Abend auf der Promenade.“ und damit rückte der Mexikaner seinen Hut und schritt rasch und trotzig die Straße hinab. —

Von dem Augenblick an ließ er sich nicht wieder in der Gegend der Stadt blicken, ja, er mußte Lima ganz verlassen haben, da ihn keiner der Polizeileute selber nachher mehr zu Gesicht bekam. Bockenheim war übrigens gar nicht böse darüber, denn er behielt jetzt völlig freien Raum, um seine Vorbereitungen zu schleuniger Abreise zu treffen. Er übergab, wie ihm seine Frau geraten hatte, seine ganze, ziemlich wertvolle Einrichtung einem bekannten Deutschen, der das dafür gelöste Geld dem mexikanischen Konsul überliefern sollte, und fuhr dann, ohne von irgendwem weiter Abschied zu nehmen, mit seiner Frau und seinem Gold nach Callao hinunter, von wo der englische Dampfer noch an demselben Tage nach Guayaquil, und von da weiter nach Panama abging.

Das war ein wonniges Gefühl, als die Räder des mächtigen Fahrzeuges erst zu arbeiten begannen, der scharfe Bug die Wasser teilte und das Boot das Land immer weiter und weiter zurückließ, bis sie endlich draußen, weit draußen in See auf der blauen Tiefe schwammen.

„Gott sei Dank!“ murmelte er leise vor sich hin, als er vorn am Bug stand und mit leuchtenden Blicken die Schnelle beobachtete, mit welcher sich der Dampfer vom Hafen entfernte. „Gott sei Dank, und nun kann Don Felipe, wenn er wieder nach Lima zurückkommt, sich ein Vergnügen machen, mich dort aufzusuchen. Daß der Schuft auch —“ er murmelte das übrige nur leise durch die Zähne; denn selbst die neben ihm stehende Frau sollte nicht erfahren, nach welcher Richtung seine Gedanken abzuweichen.

Die Fahrt nach Guayaquil war eigentlich eine Vergnügungstour, und die fünf Tage vergingen den Reisenden wie im Fluge. Besonders genoss er Madame Bockenheim dieselben; denn von niemanden gekannt, war sie hier vollkommen in ständiger, die vornehme Frau zu spielen, und tat das wirklich nach besten Kräften. Auf der spiegelglatten See und dem geräumigen Fahrzeug wurde natürlich niemand krank. Damen kleiden sich trotzdem gewöhnlich an Bord außerordentlich einfach, denn sämtliche Passagiere bilden ja doch, für die Dauer der Reise, gewissermaßen eine Familie, und man ist da nicht gern geniert. Es befanden sich denn auch etwa acht oder neun Ennochtas in der Kajüte — einige davon aus den ersten Familien Limas und Valparaisos, auf einer Vergnügungstour nach Europa; aber wirkliche Toilette machten sie auf der ganzen Reise nicht und gingen nur gewöhnlich in einem ganz einfachen Hauskleid, in dem sie sich frei und bequem bewegen konnten.

Madame Bockenheim strahlte zwischen ihnen; schon zum Frühstück rauchte sie in Seide und Spitzen unter ihnen herum, und zum Diner erschien sie sogar mit ihrem Brillantschmuck und lächelte vergnügt vor sich hin, wenn die andern Damen leise miteinander zischelten — war es ja doch nur der blasse Meid, der sie bewegte.

Am fünften Tage erreichten sie Guayaquil, die südliche Hafenstadt Ecuador's; aber die Passagiere bekamen keine Zeit, das Land zu betreten, da sich der Dampfer nur wenige Stunden hier aufhielt, die für Ecuador bestimmten Passagiere absetzte, andere Passagiere für Panama an Bord nahm und dann augenblicklich wieder den Strom hinabsteuerte. Der Steward erhielt kaum noch Gelegenheit, eine Partie der wundervollen Früchte an Bord zu nehmen, die in Canoes an der ganzen Landung aufgeschichtet lagen und die Luft mit ihrem Aroma erfüllten.

Eine Menge neues Volk war dadurch an Bord gekommen, besonders aber viel Kajüten-Passagiere, da eine neue Revolution in Ecuador auszubrechen drohte, und manche ecuadorianische Familien es doch vorzogen, dieselbe

in einem anderen Teile Amerikas abzuwarten. Es fehlte dadurch fast an Bedienung an Bord, und besonders mußten alle Aufwärter aus der vorderen Kajüte oder vielmehr dem Zwischendeck herbeigezogen werden, um bei Tisch zu bedienen. Die Zwischendeck-Passagiere mochten sehen, wie sie allein fertig wurden; denn viel Umstände machte man mit denen nicht.

Am besten bedient waren aber merkwürdigerweise die beiden Deutschen an Bord, Bockenheim und seine Frau; denn einer der Aufwärter, den sie bis Guayaquil noch gar nicht an Bord gesehen, nahm sich ihrer an und schien nur auf ihren Wink zu lauschen, um ihnen augenblicklich zu Diensten zu stehen. War es, daß ihm das vornehme Aussehen der Dame imponierte, oder hatte er sich vielleicht flugerweise eine ihm reich scheinende Familie ausgesucht, um dann nachher von dieser ein desto ansehnlicheres Trinkgeld zu erhalten; genug, wenn er sich selbst am entferntesten Ende des Salons befand, und Bockenheim drehte nur den Kopf, so schoß er schon herbei, um seine Befehle zu erwarten und dann mit fabelhafter Schnelle auszuführen.

Leider war der Deutsche — Peruaner oder Ecuadorianer ließ sich nicht unterscheiden, da man alle möglichen Schattierungen der Haut bei beiden Völkern trifft — vollkommen stumm, eine Unterhaltung mit ihm also nicht möglich, auch trug er um das linke Auge eine schwarze Binde. Überhaupt konnte man ihn nicht hübsch nennen, denn eine auffallend dicke Oberlippe gab seinem Gesicht einen merkwürdigen, fast unangenehmen Ausdruck. Aber er blieb die Gefälligkeit und Aufmerksamkeit selber und gewann sich dadurch die Zuneigung der Frau auf das vollständigste.

Sein Lohn blieb auch nicht aus. Als sie endlich Panama erreichten, wo die Passagiere in den Hotels den Abgang der „Karawane“ erwarten mußten, gab sie ihm selber „für gute Bedienung“ ein Zwanzig-Frankenstück, und hatte dafür die Genehmigung, daß er ihr demütig und dankbar die Hand küßte. Sprechen konnte der arme Teufel ja nicht. Nur seinen Namen hatte er ihnen schon früher einmal aufschreiben müssen. Er hieß Pablo.

In Panama wurden die Reisenden einige Tage aufgehalten; denn die Eisenbahn, die den Äthiopus kreuzt, war damals erst im Bau begriffen, und sie mußten deshalb den weit beschwerlicheren und kostspieligeren Weg per Maultier zu Land bis dahin zurücklegen, wo sie den Chagresfluß erreichten, und dann ihre Reise, diesen kleinen Strom hinab in Canoes, und von der Strömung getragen, bequem fortsetzen konnten. (Fortsetzung folgt.)

rkhren, da fand sich auch schon der „christliche“ Verband der Staats-, Gemeinde- u. Arbeiter ein, um Quertreiber zu machen, wie er es schon vorher in Magdeburg und Bremen versucht hatte. Seit Jahren hat das Zentrum im Kolmarer Rathaus die Mehrheit. Aber weder der Zentrumsmajorität, noch dem christlichen Zentralverband ist es eingefallen, sich der schlechtenlohten Straßenbahner anzunehmen, das mußte erst die freie Gewerkschaft tun. Nachdem dies geschehen, erscheint nun die Zentrumsgewerkschaft auf dem Plane. Selbst ein national-liberales Blatt, die „Strahburger Post“, beurteilt die Sache so: „Die hiesigen Trambahnangestellten, etwa 30 an der Zahl, fordern schon lange die Erfüllung berechtigter Wünsche. Man hält man offenbar die Zeit für günstig, um diese Leute für die Teilnahme an einer christlichen Gewerkschaft zu bewegen. Am letzten Freitag fand eine Versammlung statt, in der ihnen der Anschluß an eine christliche Organisation nahegelegt wurde. Man sucht die Leute dadurch zu überreden, daß man darauf hinweist, die Merikalen hätten im Gemeinderat die Majorität, Herr Wetterle, der sehr viel zu sagen habe, sehe es gern, daß die Wagenführer und Schaffner in die christliche Organisation eintreten. Wer dieser Organisation beitrete, arbeite auch für Blumenthal, wer nicht beitrete, sei gegen Blumenthal. Noch eine ganze Reihe ähnlicher Argumente wurden vorgebracht für den Anschluß. Der Erfolg entsprach jedoch dem Liebeswerben nicht.“

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „Schuhmann“. Der Polizeisergeant Menzel aus Lähn wurde von der Strafkammer in Hirschberg (Schlesien) zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Arrestanten im Polizeigefängnis verprügelt hatte.

Ein Kind zu Tode gemartert. Am Sonnabend hatten sich vor dem Schwurgericht in Dessau der 23jährige Arbeiter Paul Wrinbaum und dessen 21 Jahre alte Ehefrau Alma, geborene Weidhase aus Jechitz zu verantworten, weil sie im Jahre 1910 das von der Witwina im Jahre 1908 außerehelich geborene Kind gemeinlich zu Tode mißhandelt haben. Die Angeklagte Alma Wrinbaum hat vordem dreimal geboren: 1905 in Halle einen Knaben, 1906 in Hohentoda ein Mädchen, welche 14 Tage bzw. 3 Monate alt verstorben sind, und endlich am 26. Juni 1908 in der Frauenklinik in Halle Anna Martha Weidhase, die am 15. November 1910 starb. Zuletzt war das Kind bei einer Frau Sander in Zeitzsch in Pflege; es war kräftig und gesund. Die Angeklagte lernte dann ihren jetzigen Ehemann in Lössen bei Leipzig kennen und heiratete ihn im März 1910 in Jechitz. Aus dieser Ehe entsproß ein Kind. Die Angeklagte nahm nach ihrer Verheiratung die kleine Anna Weidhase zu sich nach Jechitz, um sie — zu Tode zu mißhandeln. Der Tischlermeister Ramdohr in Jechitz wurde als Vormund des Kindes bestellt; er sah seine Schutzpflichten nur wenig, rigte aber, daß sie in einem Holzofen schlafen mußte. Eine Hausgenossin sah, daß die Mutter ihr Kind schlecht behandelte und oft schlug. Das arme Kind schlief auf einer an die Wand gerückte Holzbank auf Lumpen. Später wurde es in eine offene „Truhe“, wie sie die Dienstmädchen benutzen, gelegt. Das Stroh war verfault und feucht. Auf dem Stroh lagen Lumpen und als Deckbett diente ein altes Bettlaken. Zwischen dem Stroh befand sich starker Schmutz, und fingerdicke Waden krochen auf dem Körper des Kindes herum. Schrie das Kind, dann wurde es von der Rabenmutter auf den Mund geschlagen. Mitleidige Hausbewohner gaben dem hungrigen Kinde zu essen. Eine Zeugin bekundete, daß der Stiefvater das Kind eines Tages im Genick gefaßt und es fünf- bis sechsmal heftig auf Holzpfähle gestaut habe. Auch die Mutter hat ihr Kind fortgesetzt geschlagen und unhergestoßen. Eine andere Zeugin bekundete, die Angeklagte habe ihr eines Tages im Anblick der zerbrochenen Türfüllung gesagt: „Die hat mein Mann mit dem Kinde durchgeschlagen.“ Das arme Geschöpf kam infolge der fortgesetzten Mißhandlungen körperlich immer mehr herunter, so daß es schließlich nicht mehr stehen noch liegen konnte. Am 5. November wurde es ins Dessauer Krankenhaus übergeführt. Es war total abgehirt, über und über beschmutzt, voller Ungeziefer und der ganze Körper mit blutunterlaufenen Flecken überzogen. Am 15. November wurde das Kind durch den Tod von seinem Martyrium erlöst. Der die Verhandlung führende Vorstehende erklärte, daß ihm trotz langer Amtszeit ein derartiger Fall noch nicht vorgekommen sei. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagten schuldig. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Paul Wrinbaum zu zwei Jahren Gefängnis, die Alma Wrinbaum zu drei Jahren Zuchthaus. Das rohe Paar hätte eine bedeutend härtere Strafe verdient.

Im Selbstmord getrieben! Fahnenflucht und Selbstmord sind beim Militär etwas Alltägliches. In vielen Fällen wird die Ursache nicht bekannt, aber meist ist es schlechte Behandlung durch Vorgesetzte, was die Soldaten zu diesem Schritt veranlaßt. Ein derartiger Fall beschäftigte dieser Tage wieder das Oberkriegsgericht in Dresden. Verhandelt wurde gegen den Sergeant Dreßler vom Infanterie-Regiment Nr. 102 in Jittau. Am Sonntag, dem 6. November stürzte sich der Soldat Niemandt in selbstmörderischer Absicht aus dem zweiten Stockwerk der Kaserne in den Hof. Mit gebrochenen Gliedmaßen, aber nicht tot, wurde er aufgehoben und nach dem Lazarett gebracht. Als Grund für seinen Selbstmordversuch gab er schlechte Behandlung durch den Sergeant Dreßler an. Er erklärte, die letzte Zeit sei er mehrfach beschimpft und schikaniert worden. Der Sergeant habe ihn Laufjunge, Kockjunge, Lämmel usw. genannt. Eines Tages habe er bis zur Erschöpfung Gewehrstrecken und Kniebeuge machen müssen. Um ihm Arbeit zu machen, habe der Sergeant die Knöpfe und das Futter vom Waffenrock abgerissen. Und als er sich die Füße wundgelaufen und sie dem Vorgesetzten gezeigt habe, sei er nicht vom Dienst befreit worden. Auch habe er kurz vor dem Selbstmordversuch zwei Tage hintereinander Stubendienst machen müssen. Der Sergeant wurde wegen vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen sowie wegen Annahme einer Befehlsbefugnis angeklagt. Er bestritt das ihm zur Last Gelegte und gab nur zu, den Soldaten bei zwei Gelegenheiten Lämmel genannt zu haben. Trotz der Aussage des Soldaten, der dienstunfähig geworden ist, wurde der Sergeant in den beiden eingestandenen Fällen zu zwei Tagen Arrest verurteilt. — Dagegen

legte der Gerichtsherr Berufung ein, er erstrebte Bestrafung auch in den übrigen Punkten, denn durch das Zeugnis der Soldaten sei alles erledigt. Das Oberkriegsgericht verwarf aber entgegen dem Antrage des Anklagevertreters die Berufung! Es steht mit der Vorinstanz nicht für erwiesen an, daß sich der Angeklagte in weiteren Fällen schuldig gemacht hat.

Der Hohn der Armut. Eine Arbeiterfrau aus Kamentzsch half einer Maurerfrau bei der Entbindung. Dabei ist wohl nicht alles korrekt zugegangen, denn die Wöchnerin verstarb. Die Behörde erhob wegen Hebammenpfuscheri gegen die Arbeiterfrau Anklage. Obwohl die Frau unbestraft ist, wurde sie nach einer Meldung der Breslauer „Volkswacht“ aus Hohensalza zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet. Die Verurteilte wird durch Urteil und Verhaftung um so schwerer getroffen, da sie Mutter von vierzehn Kindern ist. Wie viel schwangere Frauen müssen bei der Erwerbsarbeit ihr Leben lassen, weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sind, bis zum letzten Augenblick zu arbeiten, ohne daß jemand dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. Hier wo Armut und schlechte Verhältnisse herrschen, wird ein unbestraftes Vergehen schwer bestraft. Und die sofortige Verhaftung? Schuldverdacht ist bei der zahlreichen Kinderzucht der Verurteilten nicht anzunehmen. Da konnte man der Frau ruhig Zeit lassen, ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Aus Nah und Fern.

Kasernenbilder. In Götting hat sich ein Rekrut durch einen Schuß eine Hand zerschmettert. Da er wegen Urlaubsüberschreitung fünf Tage Mittelarrest erhalten hatte, schloß man auf einen Selbstmordversuch. Jetzt stellt sich heraus, daß der Rekrut nicht nur von einem Vorgesetzten und zwei „alten Leuten“ schwer mißhandelt worden ist, sondern daß man ihm auch aus Rache heimlich eine Bajonettschere in das Gewehr geladen hatte, weil den Mannschaften am letzten Sonntag wegen jener Urlaubsüberschreitung der Urlaub verweigert worden war. Beim Hantieren mit dem Gewehr ging der Schuß los, der dem Unglücklichen voraussichtlich die eine Hand kosten wird.

Dem D-Zug zermalmt. Auf dem Bahnhof in Rittershausen ereignete sich ein schwerer Unfall. Wie ein Telegramm aus Köln meldet, sprang die 19jährige Tochter Willi des Niescheider Fabrikanten Koch, die in Rittershausen einen Maskenball besuchen wollte, vor Ungeduld, mit ihrem Brautgarn zusammenzutreffen, der sie auf dem Bahnhof abholen wollte, aus dem Zug, als dieser noch kein Einfahrtssignal hatte und vor der Station hielt. In demselben Augenblick sauste der Kölner D-Zug vorbei, der das Mädchen erfaßte und vor den Augen mehrerer mitreisender Freundinnen zermalmt. — Ein ähnlicher Unfall forderte, wie aus Köln berichtet wird, auf der Station Kollsch ein Mädchenleben. Dort wollte ein elfjähriger Schüler den aus der Richtung von Düsseldorf einfallenden Zug besteigen und geriet dabei unter die Räder. Er wurde als verflümmelte Leiche hervorgezogen.

Süßes Such vor Sündermarktchen. Der neue Sündermarktchen, die Stanzleistung der deutschen Papiergeldfabrikation, entwickelt immer neue Schönheiten. Wie bürgerliche Blätter feststellen, färben die Meister ab. Wenn man mit dem nassen Finger über den Blaudruck der Vorderseite streicht, soll ein deutliches Abfärben der blauen Farbe zu bemerken sein. Ans selbst war es aus naheliegenden Gründen leider nicht möglich, durch eigene Überführung die Richtigkeit nachzuprüfen. Auch bezweifeln wir stark, daß allzuviel Leser unserer Zeitung sich an Sündermarktchen die Finger blau machen werden.

Familientragödie. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der „Saarbrücker Zeitung“ zufolge erdrosselte gestern vormittag in dem benachbarten Ort Spiesen die Ehefrau des Bergmannes Fritsch in einem Unfall geistiger Unnachachtung drei ihrer Kinder, durchschnitt dem vierten Kinde die Kehle, vergiftete das jüngste mit Lysol und durchschnitt sich dann selbst den Hals. Die Frau lebt noch. Die fünf Kinder sind tot.

Eine Ehefragödie. Die Bauersfrau Kunigunde Voos von Lausamholz bei Nürnberg ging am Sonntag früh 5 Uhr mit ihren zwei Kindern von zu Hause fort und sprang in die hochgehende Wegnitz. Das Suchen nach den Leichen war zunächst erfolglos. Eines der Kinder war 4 Jahre alt, das andere noch im Wickelstufen. Das kleinere der Kinder wurde am Sonntagabend gegenüber dem Oberrhein, an einem Weidenstrauch hängend, im Wasser gefunden; es war noch im Kissen, das mit einem grünen Band umwickelt war. Als ein Schuhmann die Leiche bergen wollte, wurde sie wieder vom Wasser fortgerissen. Die Selbstmörderin wurde am vorigen Dienstag vom Nürnberger Schöffengericht wegen Mordanschlag zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, außerdem wurde Publikation des Urteils beschlossen. Die Bäuerin ist wegen einer solchen Sache schon vorbestraft. Es soll wegen diesen Dingen ernsthafte häusliche Differenzen gegeben haben, ehe die Frau ins Wasser ging.

Blut eines Bettlers. In Darmstadt wurde die Ehefrau des Russen Vladimir Turner in ihrer Wohnung von einem Bettler überfallen und durch zwei Messerstiche in die linke Brust schwer verletzt. Die Frau sank bewußtlos zu Boden, und der Täter rannte aus der Wohnung einen Geldebtrag von etwa 150 Mk. Bisher fehlt noch jede Spur von ihm.

Kampf mit Schulknechten. Zwei verdächtige Personen in Bescheid töteten einen Schuhmann, der sie verhaften wollte, und verwundeten einen zweiten schwer. Dann schlossen sie sich in einer Badestube ein, die jedoch von der Polizei umzingelt wurde. Die ganze Nacht hindurch dauerte das Schießen an, wobei ein Polizeibeamter verwundet wurde. Am nächsten Morgen wurden beide Eingeschlossenen tot aufgefunden.

Ein hübsches Bureaukratenstückchen der Post erzählen die Ebersfelder „Neuesten Nachrichten“. Auf einem Postamte der Nachbarschaft war ein Buchbinder am Orte ein Buch zum Einbinden übergeben worden. Dieser rechnete dafür 0,90 Mk. und erhielt das Geld auch ankandloslos von dem Vorsicht der Postamtes ausgezahlt. Nachdem nun bei der Oberpostdirektion eine Prüfung der Rechnung stattgefunden hatte, wurde diese beanstandet, weil das Buch, wie es in der Verfügung heißt, in Düsseldorf für 75 Pfg. eingebunden werden könne! Weiter wurde verfügt, daß der

Betrag von 15 Pfg. von dem „schuldigen“ Beamten eingezogen werden solle. Dies geschah denn auch. Welcher Anarrat an Beamten usw. wäre noch nötig gewesen, um das Buch in Düsseldorf einbinden zu lassen? Und wieviel Geld und Zeit sind nutzlos verschwendet worden, bis alle in Betracht kommenden Instanzen sich mit diesem hochwichtigen Fall beschäftigt und auseinandergesetzt hatten?!

Schiffs-Unfälle. Nach einer Meldung aus Bahia ist der Dampfer „Hohenstaufen“ auf Barra Falsa aufgelaufen. Er warf 1000 Säcke Kaffee über Bord. Der Dampfer wird löschen müssen, um über die Sandbank hinwegzukommen. Leichter können nicht längs des Schiffes gelangen. — Nach einer Meldung aus Wladimir ist der deutsche Dampfer „Hans Wenzel“, von Tampa nach Danzig bestimmt, auf See verlassen worden. Sämtliche Personen, die sich an Bord befanden, wurden von dem englischen Dampfer „Suram“ aufgenommen und in Pittsburg gelandet.

Schweres Unwetter an der adriatischen Küste. Eine Flutwelle hat gestern einen großen Teil der adriatischen Küste verwüstet. Zahlreiche Fischerboote sind gesunken; viele andere konnten mit größter Mühe die Häfen von Bari und Ancona auslaufen. Ganz besonders in Venedig hat der Sturm großen Schaden angerichtet. Aus Bassano wird der Einsturz eines Fabriksteins gemeldet. Vier Arbeiter wurden dabei getötet, zwei schwer verletzt. Ferner wird noch berichtet, daß über verschiedene Teile Italiens im Laufe des gestrigen Tages heftige Gewitter niedergegangen sind.

Vier Häuser eingestürzt. In der französischen Ortschaft St. Etienne stürzten in einem Arbeiterviertel gestern vier Häuser ein. Unter den Trümmern wurden zwei Leichen hervorgezogen, eine dritte Person erlitt schwere Verletzungen. Die geringe Anzahl von Verunglückten ist dem günstigen Umstände zuzuschreiben, daß alle Bewohner der Häuser ausgegangen waren, um in den Hauptstraßen der Stadt dem Faschingsstreiben zuzuschauen.

Sturm auf See. Aus Skagen wird gemeldet: Bei klarem Wetter war Dienstag die ganze Fischerei-Flottille, bestehend aus etwa 125 Motorbooten, aufs Meer hinausgefahren. Gegen Mittag aber setzte ein heftiger Schneesturm ein und die Flottille suchte den Hafen zu erreichen. Dies gelang etwa hundert Booten. 25 Booten mit insgesamt 90 Mann Besatzung war es bei dem immer schwerer werdenden Sturm nicht möglich, den Hafen zu erreichen. Sie wurden auf das Meer hinausgetrieben. Gegen 9 Uhr traf die Nachricht ein, daß die Boote auf der westlichen Seite von Skagen gestrichet seien, nachdem der Sturm inzwischen nach Westen umgepfungen war und die Boote zum zweiten Male aufs Meer getrieben hatte. Alle konnten sich aber schließlich retten, nur einige Boote mußten in Stich gelassen.

Streik der Polizeibeamten. Die Polizei in Lärvis (Perth), welche schon drei Monate lang keine Sold erhält, ist in den Ausstand getreten.

Im Kampfe mit Verbrechern. Aus Beshamar (Indien) wird unter dem 1. März berichtet: Sir George Ross-Koppel, Chefkommissar der Nordwest-Grenzprovinz, erhielt in Charadda gestern die Nachricht, daß Hakim Khan, ein berühmter Verbrecher, mit neun- und zwanzig Anhängern sich in einer Höhle verborgen halte. Der Kommissar rückte mit 200 Mann eingeborener Infanterie und 50 Mann Kavallerie sowie zwei Gebirgsbüchsen aus und umzingelte die Räuber. Da sie sich weigerten, sich zu ergeben, wurde heute ein Geschützfeuer auf sie eröffnet. Hakim Khan und 22 Begleiter wurden getötet, 7 gefangen genommen.

Rebellische Gemüsebauern. Eine große Aufregung herrscht in der Ortschaft Chateaurand, von wo aus täglich große Sendungen von Früchten und jungem Gemüse nach Paris abgehen. Seit einiger Zeit klagen die Versender über die Nachlässigkeit der Eisenbahn sowie über unzureichendes Rollen des Bahnmateriale. Es ist ihnen infolgedessen großer Schaden erwachsen. Die Versender haben nunmehr beschlossen, einen Ausstand zu organisieren, um die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden auf die Lage zu lenken und eine Besserung derselben herbeizuführen. Vom Dienstag ab sollen alle Sendungen eingestellt und eventuell ein längerer Streik vereinbart werden.

Ein Vorort Konstantinopels eingeeichert. Einer der äußeren Vororte der türkischen Hauptstadt auf dem asiatischen Ufer ist durch Großfeuer fast vollständig vernichtet worden.

Gerettet. Die in einer Mergelgrube in Berville verschütteten Arbeiter wurden lebend aus der Grube gezogen. Sie hatten fünf Tage ohne Speise und Trank in völliger Dunkelheit zugebracht.

Großfeuer. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Auf dem Gute Rugaard in Jütland brach Großfeuer aus, das alle Nebengebäude einäscherte. Durch den herrschenden Sturm griff das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich, sodaß nur ein geringer Teil des Viehs gerettet werden konnte. Über 130 Kinder und viele Schweine sowie alles Geflügel verbrannte. Man vermutet Brandstiftung. — In Laars auf der Insel Laaland brannte ein Bauerngut völlig nieder, wobei alles Vieh umkam. Man vermutet auch hier Brandstiftung.

Schierling. Aus Rotterdam wird gemeldet: Von drei Knaben, die während sie in einem Boot umherfuhren, Schierlingssurzeln gegessen hatten, starben zwei innerhalb weniger Stunden. Der dritte Knabe konnte durch Gegenmittel gerettet werden.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

- „Finland“ ist Dienstag mittag in Hangö angekommen.
- „Elbe“ traf gestern früh von Lübeck in Redal ein.
- „Vogel“ ist Dienstag abend von London nach Hull abgegangen.
- „Zar“ kam gestern morgen von Warnemünde in London an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Transportarbeiter!
Vorstandssitzung
Freitag abend 8 1/2 Uhr.

Mehrere Zwei- u. Dreizimmer-Wohnungen mit Boden, Keller, Garten und Stall an der Brandenburger Chaussee sind zu sofort oder später zu vermieten. Preis 160 bis 180 Mark im Jahr. Auskunft erteilt der Ziegelmeister auf d. Ziegelerei Brandenbaum bei Lübeck.

Drei Damen-Madentkostüme zu vermieten
Reiferstraße 29.

Sofort oder später ein leeres Zimmer an alleinstehende Person
Schwartauer Allee 96.

Gesucht ein leeres Zimmer für alten Mann.
Off. u. B W 30 a. d. Exp.

8 elegante Damen-Kostüme billig zu vermieten
Brocksstr. 20, I.
Dasselbit ein Paar Damenstiefel, Größe 40, zu verkaufen.

Ein neuer flotter Damen-Maschinenanzug billig zu vermieten
Reiferstraße 25 a, I.

Vier nette Damen-Maschinenanzüge zu vermieten
Schwartau, Markt 6.

Gesucht Hypothek v. 1500 Mk. 2. Geld, nach Sparkassengeld stehend, zu sofort oder später.
Off. u. L S an die Exped. d. Bl.

Drei Damen-Madentkostüme billig zu vermieten, 2,50 bis 3 Mk.
Füchtlingstraße 27, I.

Gesucht ein Tagesmädchen, das Ostern die Schule verläßt.
Näheres Breitenwallstraße 8, pt.

Haar mit Haarvergeschöpfung in Verkehrsstraße soll sofort für 9000 Mark verkauft werden. Angebots u. A 12 an die Exped. d. Bl.

Gebr. Barg

Lübeck.
Manufaktur- und Leinewaren.
Aussteuer-Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.
Beim Ein- und Verkauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die
erstklassigen Margarine-Marken
der Firma **A. L. Mont**
Q. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl-Geschäft

S. Sachs. Lübeck, Schmiedestr. 2.
Arb.-u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 51.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Fein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzan, Schwartau, Markt 14.
W. Friedriksen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.

F. W. Busch, Lübeck, Roockstr. 5b.
F. W. Heyde, Königstr. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickede 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüst. 34. Lieferant
d. Ortskrankenkassee.
J. Runge, Moisinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Bäckereien

Paul Burmester, Lübeck, Lohndr. 42.
Dampfbackerei, Hansa.
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moisinger Allee 43.
Beckergrube 76.
H. Jargstorff, Warendorpsstr. 36.
Fleischhauerstr. 52.
Fein-Weiß-
u. Grobbackerei.
A. Mehlmann, Königsstr. 1. Sp.
Heinr. Tamm, Wickede 20.
B. Reinhold, Weiß-, Fein- u. Grobbackerei.
Moisinger Grub.
Johs. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Seidemann, Reinfeld, Kirschensteig.
Fein-Weiß-, Grob-
Schlutup.
Lübeck, Hüst. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schwartau, Westoer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Bern. Steffen, Seeretz.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

Georg Behneck, Lübeck, Warendorpsstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsanstalt
A. Broderen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
Paulstr. 16. Särge
in allen Preislagen.
H. Horenberg,
Wahmstr. 79. Ueber. ganzer Beerd.
Eigene Leichen-u. Transportwagen.
C. Weib, Lübeck, Schwart. Allee 193.
H. Griebel, Eutin, Weidestr. 14.
G. Wackenhut, Fackenberg.
Reusefeld. Gr. Lager in
H. Kröger, Holz- und Metallwaren.

Beschlanstatten

C. Buchholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4.
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
Hansa J. Dettmann
Beckergrube 31.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
Warendorpsstr. 20.
Fün. ausen 7.
Johs. Petersen, Kupfer-
schmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüst. 90.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 51.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
L. Dube, Große Burgstr. 22.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt Adler-Bier.

Adler-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu, Braubier.
Elbschloss, H. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 66.
Feraspr. 1274.
Lübecker Hansa Bier
Lübecker Vereinsbräu
Zur Waikmühle
H. Lück
empfehlen Lagerbier in Gebinden
und Flaschen.

Brauereien

Trinkt Adler-Bier.
Adler-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu, Braubier.
Elbschloss, H. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 66.
Feraspr. 1274.
Lübecker Hansa Bier
Lübecker Vereinsbräu
Zur Waikmühle
H. Lück
empfehlen Lagerbier in Gebinden
und Flaschen.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

H. E. Koch-Möbelhäuser Billegate Bezugsquelle für Olen, Herde, Gasbecker, Gradoblen Adolf Borgfeldt, Fernauf 872, Mühlenterr. 36 und 49.	G. Stooss Fischergrube 25
--	-------------------------------------

Fahrr., Nähmasch. Glas und Porzellan

Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Roßmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahmstr. 42. Rich. Israel, Allee 99. Otto Dortmund, Schwart. Allee 99. Eig. Rep.-Werkst. Gr. Burgstr. 23. Heinr. Körner, Lübecker-Fahrräder. Hugo Meier, Wahmstr. 21. St. Gertrud-Pahrradhaus H. Meier, Arnimstr. 12a Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Johs. Meyer, Königstr. 51. O. Störzner, Hüst. 54, Johannesstr. St. Nörzner, Mengel, Wasch- u. Wrlagen. Th. Vedder, Friedensstraße 1. Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch. werden gut und billig ausgeführt. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28. Johs. Marcke, Schlutup. H. Krohn, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	Glas und Porzellan A. F. Römling, Lübeck, Marienstr. 18. Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut. Gebr. Steder, Hüst. 95.	Kolonial-, Fettwar. Karl Barkmann, Schlutup. P. Draguhn, Schwartau, Lüb.-St. Louise Rathmann, Schwartau. Herm. Kadow, Seeretz. Heinr. Loppenthen, Seeretz. J. U. Kröger, Travemünde.
---	---	---

Farben u. Lacke

Wih. Bandholz, Lübeck, Hüst. 92. Publido "Bandol". J. Becker, Dornestr. 29. Hafen-Drogerie, Gr. Bornhöft. Hansa-Drogerie, Fackenberg, Allee 10. Reichhaltiges Lager mod. Tapeten. Heinr. Heickendorf, Markt 15/16. W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 788. Ferd. Kayser, Breitestr. 81. Henry Möller, Blücherstr. 20. Ang. Prosch, Mühlenterr. 39. J. Runge, Moisinger Allee 6a. Otto Schicke, Fackenberg, Allee 70. Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66. Adler-Drogerie, Schwartau.	Herren-Artikel Hans Kamerhuis Wäsche, Kravatten, Hüte. Putzbach & Reimers Lübeck, Breitestr. 25. Spezialgeschäft f. Herrenartikel. Emil Württenberger, Kohlmarkt 8. - Spetz. Hüte - Markt 5. Wäsche, Kravatten, Unterzeuge.
--	---

Fleisch- u. Wurstw.

Emil Aland, Wih. Schmidt Nachfgr., Lübeck, Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt. Paul Boldt, Wahmstr. 22. Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren. Chr. Gipp, Moisinger Allee 4. Johs. Heick, Markt 2. Spezialität: Prima Fleischwaren. Carl Joost, Beckergrove 30. Wurstfabrik T. 1450. Sadawatz 35. Erst- klassige Ware billig. Oscar Keil, Schwartauer Allee 65. C. Klein, Pfaffenstr. 14. Heinr. Kohl, Moisinger Allee 57. W. G. Koepcke, Schlachtere und Wurstfabrik. Klingenberg N. 3/4. Telefon 489. ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren. Braunschweiger Wurstfabrik Heinrich Kronsbain, Travemänn- str. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 95. Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurst- waren. Spezialität: Aufschnitt. L. Kuntzel, Blücherstr. 22. Pa. Fleisch-u. Wurstw. W. Lemcke, An der Mauer 41a. A. Meiz, Glockengießerstr. 73. F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8. Warendorpsstr. 53. Ecke Schwart. Allee. Josef Poostsch, Fernr. 1249. Sp. ff. Aufschnitt. Friedrich Paelan, Wurst-Fabrik. Mühlenterr. 27. Pa. Fleisch- und Wurstwaren. Wih. Patow, Backwagstr. 48. Wurst- fabrik mit elektr. Betr. Georg Rehder, Hüst. 79. A. Rolf, Gr. Burgstr. 37. Christ. Scheel, Westhofstr. 33. H. Schmalfeld & W. Mamerow, H. Reiferstr. 26. Telefon No 2152. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55. Ob Trave 7. Carl Tiedt, Telefon 971. Gust. Wietzke, Mühlenterr. 81. Pa. Fl.- u. Wurstwaren.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögestr. 12a. Franzen & Co., Lübeck, Holstenstr. 15. Albert Meincke, Ecke Aegidienstr. 15. Hans Struve, Königstr. 89. Rudolph Karstadt, Eutin. Johannes Hansen, Oldesloe. A. Lanz, Oldesloe, Besthornstr. 10. Ch. F. Stehmer, Reinfeld. Max Kankel, Schlutup. J. Ramm, Schlutup.
--	--

Hüte und Mützen

Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9. Breite- str. 20. Lorenz Richter, Breite- str. 20. Walter Stalholm, Hüs- tr. 25. Hans Struve, Königstr. 89. Johs. Tralow, 11 Ob. Wahmstr. 11. Spezial: Pelzwaren. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24. G. Woltmann, Breitestr. 27. Hüte, Mützen, Schirme.	Kolonial-, Fettwar. H. Bannow, Lübeck, Tunkenhagen 32. Otto Bähnk, Friedenstr. 76. Feddor J. Behm, Hansastr. 97. Friedr. Berger, Warendorp- str. 32. Johann Buntin, Hüst. 42. J. Binias, Fleischhauerstr. 114. Adolf Burmester, Reiferstr. 43. Johs. Breede, Dankwagsgr. 37. Reinh. Bösen, Arnimstr. 1a. Aug. Dibbert, Tunkenhagen 20. Vortellhafte Bezugs- quelle für Tonwaren, Pantoffel. F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19. Heinr. Franck, Wahmstr. 67. W. Fischer, Schwönekenquerstr. 11. Georg Harikopf, Adlerstr. 38. Fritz Hartmann, Krähenstr. 12. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72. Otto Höfke, Blanckstr. 14a. Carl Hudoffsky, Marlistr. 44. Johannes Kohl, Wickede 52. C. Lender, Hundestr. 42. D. Lerch, Lg. Lohberg 37. Heinr. Lohse, Johannistr. 65. Ernst Lüth, Spillerstr. 51. Hartengrube 21. E. Pagels, Glockengießerstr. 71. S. Resenhoff, Schwönekenquerstr. 26. Emma Runge, Cronst. Allee 105. M. Schwang, Paulstr. 11a. H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a. Joh. Schwabrohm, Moisinger Allee 33. J. Somrau, Braunsstr. 32. Joh. Timm, Schwartauer Allee 131a. Fackenberg, Allee 35g. F. Volkstaedt, Ecke Fünft. 33. L. Weimann, Maiblumenstr. 6/8. Heinrich Wille, Lg. Loh- berg 1. H.F. Falckenhagen, Eutin, Kiekerstr. 25. H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4. H. Ohde, Moising. Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24. Rich. Heffmann, Reinfeld. Wih. Haas, Reinfeld.
---	--

Damen-Konfektion

Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39/41. Hans Struve, Königstr. 89. Dampfwasch-Plättanst. Pariser Neuwascherei, Paul Loignistraße 3. Fernr. 1305, 529. Grob-Dampfwascherei, Vorwerk Wäsche-Verleih-Institut T. 1623. Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche. Hansa, W. Röper, Friedensstr. 60. Fernr. 2274. F. 60. W. Krüger, Waschkasstr. Petzerstr. 1c. Drogenhandlungen Otto Bähnk, Lübeck, Friedenstr. 76. Feddor J. Behm, Hansastr. 97. Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72. Johannes Kohl, Wickede 52. Drogerien J. Becker, Lübeck, Dornestr. 29. F. W. Busch, Roockstr. 5b. Hafen-Drogerie, Gr. Bornhöft. Burg-Drogerie, Gr. Burgstr. 44. W. Hohenschild, Marlistr. 42. T. 736. Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20. Henry Möller, Blücherstr. 20. Carl Meißel, Schloßstr. 1 (Ecke Königstr.). Karl Pagel, Wickede 3. Tel. 1487. Ang. Prosch, Mühlenterr. 39. J. Runge, Moisinger Allee 6a. Otto Schicke, Fackenberg, Allee 70. Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66. Adler-Drogerie, Schwartau. H. Loppenthen, Seeretz. Fahrr., Nähmasch. H. Bade, Lübeck, Mühlenterr. 2. Rep.-Werkst. aller Syst. H. Benthien, Fackenberg, Allee 53.	Galant-, Spielwar. Louis Soy, Lübeck, Breitestr. 8. Quelle f. sämtliche Geschenkartikel. C. Bleschitz, Wwe. Sandstr. 9. Raths Central-Bazar, Oldesloe. M. Kranz, Schlutup, Westoerstr. 11. Johannes Kieker, Schwartau, Lüb.-Str. 34. Gardinen, Teppiche Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15. Hans Struve, Königstr. 89.
--	--

Rudolph Karstadt

Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderobe, Schuwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

A. N. Becker

Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität: Trauringe
Holstenstr. 32

Piano-Magazine

Haussmann Johannistr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
P. W. Naibel, Breitestr. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.

Gasthof am Kreuzweg
E. Cordts, Seeretz.
Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Pa. Roßfleischwaren.
H. Dieckvoß, Sp.: Roßfleischwaren.
Loignistraße 8.
Marh. - ff. Beef-
steaks u. Gack-
tes frisch v. Eis.
Dankwagsgr. 34.
Tel. 958. Täglich
irische Schelben, und Gekacktes.
Fischergr. 10.
H. Wulff, Telefon 1149.
H. J. de Schwartau, Rantzau-All. 16.

Schirme u. Stöcke

E. Peterich, Pfeifen, Schwartau.
Schreibwaren
Ang. Barmeister, Fackenberg, Allee 48.
Carl Ehler, Schwart. Allee 85.
Th. Lian, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Moisinger Allee 40a.
Klisa Paulsen, Mühlenterr. 2a.
Otto Wessel, Moisinger Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuwaren

Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.
Beckmann, Mühlenterr. 34.
Auch Reparatur.
E. Baer, Speziel für Arbeiter.
Reiferstr. 3. b. d.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geversdest.
Balauerhof 5.
P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, - Record-Stiefel.
Schuwaren-Haus.
Mühlenterr. 27.
H. Fehtauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holsten-
str. 16.
Zum billigen Schuhanden,
F. W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremm, Georgstr. 40.
Chr. Reiben, Schwönekenquerstr. 25.
Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schlemm, Schlup.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.

Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.
Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schlumacher-Straße 4.
Friedr. Schleifer u. Siebmacher.
Fackenberg, All. 10b.
Franz Genzmer, Fernr. 1031.
J. F. B. Grube, am
Markt.
Martin Jürgens, Unt. Hüs-
tr. 103.
Hohlshleifer. Sp.: Rasiermesser.
Carl Rittscher, Holsten-
str. 34.
Hüst. 46. 80-
liger Stahlwaren.
F. Wichmann,

Tapeten, Linoleum

Carl Bencke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrove 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.
Trikot-, Strumpfwr.
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.
König-
str. 71.
Friedr. Wih. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Ponthausa 22.
Spezialgeschäft für Strickerel.

Uhren, Goldwaren

Johs. Bernhardt, Lübeck, Hüst. 25.
Uhrmacher
Hüst. 32.
Ernst Genzen, kl. Burgstr. 13/15.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, grube 5.
Hüst. 22/24.
Georg Reuss, Uhrmacher,
Hüst. 77.
Bruno Schmidt, Uhrmacher,
Hüst. 77.
Heinr. Schultz, Johanns-
str. 20.
Wih. Westfahl, Untertrave 111/2.
Ad. Hübner, Uhrmacher,
Fünfhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langest. 52.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.

Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.
Weine, Spirituosen
EPAhrens
Königsstr. 22.
Fr. Geist, Lübeck, Hüst. 8. T. 1955.
J. Höppner, Beckergrove 66.
Friedr. Otto, 43, empfiehlt
Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfath

Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 627.
M. Kranz, Schlutup, Westoerstr. 11.
Otto Albers, Kohl-
markt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-
Ausstattungen, Manufakturwaren
und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!